# GENDER MATTERS!

## AUFSTEHEN FÜR FRAUENRECHTE

Infobrief zur geschlechterpolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung – Nr. 7

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

# INHALTSVERZEICHNIS


## FOKUS

**GENDER MATTERS!**
AUSTEHEN FÜR FRAUENRECHTE

**EDITORIAL**

**seit unserer letzten Ausgabe von Gender matters! im Herbst 2016 scheint das Thema „Antifeminismus“ weltweit auf den Straßen angekommen zu sein – diesmal in Form organisierter Gegenbewegungen.**

Gender matters! schaut genauer auf diese Bewegungen und rückt die Menschen in den Blickpunkt, die sich dagegen engagieren und für Frauenrechte starkmachen. Die gibt es zum Glück überall.

SEITE 7

**Ein Women´s March in Deutschland? Über deutsche Feminismen 2017**

Plötzlich waren sie alle da. Die schwarzen, die weißen, die queeren, die religiösen und die säkularen, die behinderten, die männlichen, die alten und die jungen Frauen und alle, die sich sonst noch solidarisch erklärten. …

SEITE 11

**Tunesien: Kampf um den öffentlichen Raum**

Im Jahr 2011 war Tunesien Ausgangspunkt des „Arabischen Frühlings“. Als einziges Land der Region hat der politische Umsturz hier in Ansätzen demokratische Früchte getragen. Auch bei den Frauenrechten geht es voran. …

SEITE 25

**Der schwarze Protest hat Polen verändert**

Seit dem Wahlsieg der erzkonservativen PiS-Partei in den polnischen Parlamentswahlen 2015 wird das Land von den Parteivertreter_innen systematisch umgebaut. Wie die demokratische Rechtsstaatlichkeit sind auch …

SEITE 37

**„Nur wenige von uns können es sich leisten, sich nicht zu engagieren“**

Schockiert, fassungslos, erschüttert – so lässt sich die Reaktion eines Großteils der US-Bevölkerung auf den Wahlsieg von Donald Trump wohl beschreiben. Statt für Hillary Clinton, hatte sich das Land für den Kandidaten …

SEITE 53

## RÜCKBLICK

**Jenseits des Mainstreams denken!**
Im September 2015 verabschiedeten die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen einstimmig …

**Notstand in der Care-Branche: Ein „Frauenproblem“? Ein Gesellschaftsproblem!**
Es herrscht Fachkräftemangel in Deutschland. Und das nicht nur in den technischen Berufen …

**Frauen als Expertinnen: Den Spieß mal umdrehen**
Veranstaltungen zum Thema Wirtschaft zeichnen sich – vom konkreten Inhalt abgesehen – …

**Die vergessenen Arbeitsmigrantinnen Südostasiens**
Die Vereinigung südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) …

**Frauen in der Politik: Rückschläge und neue Herausforderungen**
Es sind spannende, mitunter erschreckende Zeiten für politisch engagierte Frauen und alle, …

**Ein feministischer Blick auf das Thema Geburt**
Der Feminismus hat kein ganz unproblematisches Verhältnis zur Rolle der Mutter. Diese wird meist …

SEITE 65

## PUBLIKATIONEN SEITE 99

## WIR MACHEN GENDER!

**Das Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bangladesch stellt sich vor**
**Genderbezogene Promotionsprojekte mit Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung**

SEITE 111

## IMPRESSUM / ANSPRECHPARTNER_INNEN SEITE 120

## FOKUS


7 **Editorial**

11 **Ein Women´s March in Deutschland?**
Über deutsche Feminismen 2017

25 **Tunesien: Kampf um den öffentlichen Raum**

37 **Der schwarze Protest hat Polen verändert**

53 **„Nur wenige von uns können es sich leisten, sich nicht zu engagieren“**

# EDITORIAL

**Liebe Leser_innen,**

**seit unserer letzten Ausgabe von GENDER MATTERS! im Herbst 2016 scheint das Thema „Antifeminismus“ weltweit auf den Straßen angekommen zu sein – diesmal in Form organisierter Gegenbewegungen. Gender matters! schaut genauer auf diese Bewegungen und rückt die Menschen in den Fokus, die sich dagegen engagieren und für Frauenrechte starkmachen. Die gibt es zum Glück überall.**

Ende Oktober 2016 protestierten polnische Frauen und ihre Unterstützer_innen vehement gegen die geplante Verschärfung des ohnehin extrem restriktiven Abtreibungsrechts in Polen. Dieser „schwarze Protest“, wie er – aufgrund des schlechten Wetters und der daher hohen Zahl schwarzer Regenschirme – genannt wurde, war und ist das sichtbare Zeichen dafür, dass viele Bürger_innen die Politik der amtierenden erzkonservativen Regierung als das begreifen, was sie ist: der Versuch, die – u. a. reproduktiven – Rechte von Frauen zu beschneiden. Agnieszka Wiśniewska, Chefredakteurin des Onlineportals KrytykaPolityczna.pl, blickt auf die Proteste zurück und analysiert ihre Folgen.

Im November 2016 ging eine Schockwelle um die Welt: Donald Trump wurde zum amerikanischen Präsidenten gewählt, und Hillary Clinton musste ihren Traum, die erste Präsidentin der USA zu werden, begraben. Welche genderrelevanten Aspekte bei diesem Wahlausgang auf welche Weise zum Tragen kamen, ist Gegenstand des Interviews mit der US-amerikanischen Politikwissenschaftlerin Kelly Dittmar. Sie macht deutlich, dass es in der aktuellen Situation in den USA keine Alternative zum politischen Engagement gibt – für Frauenrechte, aber auch für die Rechte anderer „Minderheiten“.

Nach dem Schock dann im Januar 2017 ein Hoffnungsschimmer: Der Women’s March brachte Hunderttausende Frauen und Mitstreiter_innen auf die Straßen in Washington und vielen anderen Orten der Welt. Die Journalistin Heide Oestreich fragt in ihrem Artikel „Ein Women’s March in Deutschland? Über deutsche Feminismen 2017“, ob solch ein Ereignis auch bei uns denkbar wäre und welche Voraussetzungen es dafür bräuchte.

Eher hoffnungsvoll stimmt auch ein Blick nach Tunesien: In einer Region, in der die Rechte der Frauen teilweise erst noch erkämpft werden müssen, gibt

es doch auch konkrete Fortschritte. Im Sommer 2017 wurde dort ein Gesetz verabschiedet, das die Vergewaltigung in der Ehe endlich unter Strafe stellt. Ein Straftatbestand, der hierzulande übrigens auch erst seit 1997 besteht und 25 Jahre politische Diskussion erfordert hatte.

Der Blick auf Deutschland nach der Bundestagswahl im September 2017 stimmt wiederum nicht sehr optimistisch: Schon im Wahlkampf spielten die Themen „Frauenrechte" und „Geschlechtergerechtigkeit" nur eine untergeordnete Rolle. Und der Anteil weiblicher Abgeordneter im deutschen Bundestag ist bei 31 Prozent auf historischem Tiefstand. Mit der AfD sitzt nun eine Partei im deutschen Bundestag, die geschlechter- und familienpolitisch höchst problematische Positionen vertritt. Gewählt wurde sie überwiegend von Männern.

Welche Regierung wir demnächst haben oder ob es zu Neuwahlen kommt, ist derzeit (Dezember 2017) noch nicht absehbar. Hoffen wir, dass Frauen sich stärker als bisher politisch einbringen können und sich kein neuer Gendergap auftut, nämlich in der Beteiligung von Frauen (vgl. „Und noch ein Gender-Gap! Junge Frauen engagieren sich anders!" In: Elies/Lehmann, Hrsg.: Eine Ode an die Methode[1]). Die Parteien haben ihren Anteil daran, auch für jüngere Frauen bessere Möglichkeiten zum Engagement bereitzuhalten. Denn nur mit den Frauen wird es eine Erneuerung der politischen Kultur in Deutschland geben, die dem Antifeminismus offen und mutig entgegentritt und gleichzeitig die notwendigen Reformen für Geschlechtergerechtigkeit zur Umsetzung bringt.

Ein paar Anregungen, wie diese notwendigen Reformen aussehen könnten, gibt unsere Rubrik Rückblick. Hier finden Sie aktuelle Beispiele unserer geschlechterpolitischen Arbeit weltweit. Wie gewohnt finden Sie außerdem in dieser Ausgabe von **GENDER MATTERS!** die Rubriken Wir machen Gender, in der sich diesmal das FES Büro Bangladesch vorstellt sowie unsere aktuellen Publikationen.

[1] http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13624.pdf



Zum Schluss ein paar Worte in eigener Sache: Aus den zahlreichen Rückmeldungen auf unsere 2016 durchgeführte kleine Umfrage zur Zukunft von **GENDER MATTERS!** spricht der Wunsch nach mehr Kommunikation und Information, auch zwischen den Erscheinungsdaten. Wir werden 2018 hier die ersten Schritte online machen – versprochen! Und noch mehr wird sich verändern, denn unsere langjährige Redakteurin Susan Javad wendet sich anderen Aufgaben in der Friedrich-Ebert-Stiftung zu. Wir möchten ihr für die Arbeit an fünf von sieben Ausgaben **GENDER MATTERS!** von Herzen danken und viel geschlechterpolitischen Rückenwind in die neue Tätigkeit mitgeben! Ahoi, liebe Susan!

**Dr. Stefanie Elies**
Zentrale Genderkoordinierung FES

*Nein, diese Regenschirmträger_innen demonstrieren nicht für Frauenrechte, wie es die Frauen der Schwarzen Proteste in Polen getan haben. Sie sind einfach nur im Münchener Regen unterwegs. Aber, wenn es darauf ankäme, dann gäbe es auch in Deutschland das Potenzial für Widerstand. Foto: picture-alliance*

# EIN WOMEN´S MARCH IN DEUTSCHLAND?

## Über deutsche Feminismen 2017

Plötzlich waren sie alle da. Die schwarzen, die weißen, die queeren, die religiösen und die säkularen, die behinderten, die männlichen, die alten und die jungen Frauen und alle, die sich sonst noch solidarisch erklärten. Der Women's March in Washington im Januar 2017 war das beruhigende Ereignis nach dem Schock der Trump-Wahl in den USA. Sie sind alle da, wenn es darauf ankommt. Die Frauenbewegung war tausendfach für tot erklärt worden, der Feminismus galt als „von gestern" oder „zu extrem", und in der derart bedrängten Szene häuften sich Konflikte und Spaltungen. Doch dann waren sie alle da. Wie sieht die Situation der Frauen in Deutschland aus? Und sind die Frauen und Feminist_innen hier bereit und in der Lage loszumarschieren? Heide Oestreich über den Stand des Feminismus in Deutschland.

Vergleicht man die Lage in Deutschland und den USA, wirkt es zunächst so, als seien die Frauen* hierzulande eher in einer komfortablen Situation. In den USA wird die Abtreibung tagtäglich de facto eingeschränkt, indem immer weniger Ärzt_innen und Kliniken sie anbieten. Und Trump forciert diese Politik weltweit, indem er Familienplanungsorganisationen das Geld entzieht. Trump denkt über die Abschaffung der „positiven Diskriminierung", der sogenannten affirmative action nach, mit der bisher People of Color und Frauen gefördert werden konnten. Seine Versuche, die Gesundheitsversorgung wieder einzuschränken, betreffen Frauen massiv. Und er propagiert den rassistischen, nationalistischen und sexistischen Diskurs.

Im Vergleich dazu wirkt Deutschland noch geradezu paradiesisch. Regiert von einer Kanzlerin, die sich – auf Druck ihrer meist sozialdemokratischen Frauen- und Familienministerinnen – sogar schon manchmal zu aktiver Frauenpolitik durchgerungen hat. Ein Land, in dem eine kleine Quote eingeführt wurde, die Kitas ausgebaut, Diskriminierungen bekämpft werden. Und in dem ein weiteres Einschränken der Abtreibungsregulierung nur von Randgruppen gefordert wird.

Doch es gibt da ein Problem: Ähnlich harmlos sahen die USA unter Obama auch aus. Eine Wahl hat alles verändert. Ähnlich harmlos sahen auch die osteuropäischen Länder aus, als man noch davon ausging, dass die Demokratien sich dort stabilisieren würden. Taten sie dann aber nicht.

*Manuela Schwesig hat als Bundesministerin einige wichtige Fortschritte für Frauen erreichen können. Foto: picture-alliance*

Der weltweite Abbau demokratischer Strukturen ist nicht zu übersehen. Ausbleibender Wohlstand, mangelnde Anerkennung, große Teile der Bevölkerungen, die sich alleingelassen sehen mit den sozialen Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung: Das demokratische Prinzip scheint vielen kaum geeignet, diese Herausforderungen zu meistern. Rückzug auf ganzer Linie, steht auf ihren Programmen. Nationalismus first! Und mit dem Nationalismus gehen Rassismus und Sexismus einher, mit dem Erstarken der Nation wird auch wieder nach „dem starken Mann" gerufen. Gesellschaftspolitische Experimente sofort einstellen, fordern die Rechten weltweit. Und als gesellschaftliches Experiment gilt ihnen immer noch: feministische Politik.

## Steht uns unser „nach Obama" noch bevor?

Die Öffentlichkeit in Deutschland muss diesen Diskurs seit der Bundestagswahl 2017 nun auch verstärkt zur Kenntnis nehmen. Er findet nicht mehr nur in den rechten Filterblasen und Echokammern des Internet oder bei Pegida-Demonstrationen statt. Er sitzt vertreten durch die AfD in Elefantenrunden und Talkshows. Und bestimmt in beängstigendem Maße auch das Denken anderer, „etablierter", Parteien, die nun „die Ängste und Sorgen der Bürger ernst nehmen wollen". Dass diese Ängste einiger Dresdner_innen vor Überfremdung und die Sorgen einiger Leser_innen

der Frankfurter Allgemeine Zeitung vor feministischen „Umerziehungsprogrammen“ weitgehend irrational sind und nur Symptome für eine tiefer liegende Unruhe, wird dabei geflissentlich übersehen. Keine rhetorische Begrenzung der Einwanderung wird diese Unruhe eindämmen und die AfD zum Verschwinden bringen. Stattdessen verstärkt sie den rassistischen Diskurs und damit den Abbau demokratischer Rechtsstaatlichkeit.

Mit anderen Worten: Es kann sein, dass wir uns nur in einem kleinen frauenpolitischen Moratorium befinden, dass die nationalistische Welle mitsamt ihrem Männlichkeitskult nur noch nicht angekommen ist. Man ahnt sie schon, wenn Publizist_innen fragen, wo denn „unsere“ Männer in der Kölner Silvesternacht 2015/16 waren, um „unsere“ Frauen zu schützen. Es gibt Anzeichen dafür, dass wir in der Latenzphase stecken, dass wir uns noch auf der Insel der Seligen wähnen – ebenso, wie so viele US-Amerikaner_innen dachten, nach dem schwarzen Präsidenten käme nun eine Frau an die Macht und die Geschichte schreite munter weiter voran. Und dann kam alles ganz anders.

Niemand weiß heute, ob es in Deutschland je zu einem Umschlagspunkt dieser Art kommen wird. Ob unsere Meinungsführer_innen nicht doch in der Lage sind, die Luft rechtzeitig rauszulassen aus den aufgeblasenen Ängsten. Ob nicht ein ehrlicher Umgang mit den wirklichen Problemen der Leute diese auch wieder beruhigen kann. Und viele Beobachter_innen gehen davon aus, dass das sozialstaatliche und demokratische Fundament hierzulande so stark ist, dass die Mehrheit eben nicht in eine Art Panik gerät, die nur noch ein „Wir“ und ein „Die“ sieht. Ja, dass die Angst der AfDler_innen sogar „einen Beitrag zur demokratischen Entwicklung leistet“, wie es der Politologe Wolfgang Schröder kürzlich ausdrückte. Weil die bräsige Regierungspolitik sich nun bequemen muss, die Ursachen dieser Protestwahlen zu analysieren und anzugehen.

Allerdings hat man im Moment den Eindruck, dass die größte Partei in Deutschland eben nicht auf Ängste eingehen, ihnen begegnen und sie damit auflösen möchte. Sondern im Gegenteil – dass sie den Ängsten einfach folgt, indem sie sagt: Kommt, wir mauern uns ein.

Und dieses Einmauern ist durchaus eine Bedrohung für die Frauen.
Die AfD mit ihrer „nationalen Bevölkerungspolitik“, bei der Gebären wieder erste Pflicht der Frau ist, hindert das Fortkommen von Frauen. Einschränkung der Abtreibungen, Abschaffung aller Frauenpolitik und der Gender

*Muslimas mit Kopftuch sind für die AfD nicht Teil der deutschen Gesellschaft. Diese Vorstellung ist für alle Frauen ein Problem. Foto: picture-alliance*

Studies, Privilegierung der heteronormativen Kleinfamilie inklusive der Benachteiligung Alleinerziehender und sämtlicher Queers und nicht zuletzt die Dämonisierung des Islam, mit deren Hilfe muslimische Männer – aber eben auch muslimische Frauen (mit Schleier etwa) – aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Das sind die Methoden, Frauen unfrei zu machen.

Das alles ist anschlussfähig an große Teile der konservativen Kräfte in CSU und CDU, die schon eifrig für die Zeit „nach Merkel“ planen. Wird „nach Merkel“ unser „nach Obama“?

## Die Antworten der Feministinnen

Was setzen die Frauen, die Feministinnen in Deutschland dem nun entgegen? Sind sie bereit für den „Women's March“? Derzeit, muss man sagen, ist die Zusammenarbeit ausbaufähig. Manche Spaltungen scheinen im Moment noch nicht überwindbar. Drei Strömungen sind dabei zu nennen.

Zunächst ist da der staatliche Feminismus. Er ergibt sich aus Artikel 3 der Grundgesetzes, der Frauen und Männern gleiche Rechte einräumt und dem Staat die Aufgabe auferlegt, Diskriminierungen unter anderem aufgrund des Geschlechts abzubauen.

Aus ihm ergibt sich eine mehr oder weniger anspruchsvolle staatliche Gleichstellungspolitik – je nach Stärke der Frauen in den Regierungen, insbesondere der Frauen- und Arbeitsministerinnen. Eine Frauenquote für die Wirtschaft, ein Entgeltgleichheitsgesetz, der Ausbau der Kinderbetreuung oder Vätermonate und Elterngeld: Der Staat wirkt darauf hin, dass beide Geschlechter erst einmal gleiche Chancen auf Teilhabe und Entfaltung haben. So sicher diese Politik in ihrer Kontinuität ist, so ist doch jede einzelne Maßnahme bitter umkämpft, und in Zeiten konservativer Regierungen kommt es nur sehr zögerlich oder gar nicht zu Fortschritten.

Doch unter Feminist_innen zumindest ist der staatliche Feminismus weitgehend unumstritten – sie verzweifeln eher an den winzigen Schritten und dem ewigen Widerstand, der ihm entgegengesetzt wird. Stichwort Ehegattensplitting: Werden wir seine Abschaffung oder den fundamentalen Umbau noch erleben? Dennoch ist diese Form des Feminismus anschlussfähig bis weit in die Mitte der Gesellschaft und zumindest bei deren weiblichem Teil ist vieles wirklich mehrheitsfähig. Dieser staatliche Feminismus des Grundgesetztes wird zwar auch von rechts und insbesondere von der AfD nun sogar frontal angegriffen – doch wirkt er relativ stabil verankert.

Sein Nachteil besteht in seiner Begrenztheit. Der staatliche Feminismus denkt eher für den Mainstream und nimmt viele Gruppen außerhalb nur zögerlich oder gar nicht mit. Bis die große und relevante Gruppe der Alleinerziehenden sich in sein Bewusstsein klopfen konnte, vergingen sehr viele Jahre. Die vielen Frauen, die mit Gewalt von Männern zu tun haben, können sich seiner Unterstützung nicht sicher sein: Es gibt für sie nach wie vor keine gute Infrastruktur. Für alle Queers ist es Glückssache, ob der Staat sich ihrer Rechte annimmt. Und die Migrant_innen haben hier überhaupt keine Lobby: So wird der Familiennachzug für Flüchtlinge mal eben als Verhandlungsmasse aufgegeben, schwarze Frauen oder Frauen mit Kopftüchern sind als Akteurinnen mit Rechten überhaupt nicht im Blick. Das liegt auch an der Tatsache, dass die internationale Codierung der Frauenpolitik auf Gender Mainstreaming beruht: „Frauen“ und „Männer“ werden als Zielgruppen in den Blick genommen, nicht aber „schwarze Frauen“ oder „muslimische Männer“ oder „Transpersonen“.

*Sie steht wie keine zweite für den radikalen Feminismus: Alice Schwarzer.*
*Foto: Reuters*

Diese Konzentration auf die Binarität der Geschlechter zeichnet auch die zweite Strömung aus, den radikalen Feminismus, für den etwa die Frauenorganisation Terre des Femmes (TdF) steht oder Alice Schwarzer mit der größten feministischen Zeitschrift in Deutschland, der „Emma“. Auf den ersten Blick wirkt es keinesfalls so, als würde die international agierende Organisation TdF oder auch die extrem islamkritische „Emma“ Frauen anderer Ethnien und Religionen „vergessen“. Im Gegenteil, sie sind permanent Thema. Allerdings nimmt der radikale Feminismus sie eben nur in ihrer Eigenschaft als Frauen wahr: Frauen, die patriarchalen Systemen ausgeliefert sind, aus denen sie mit Hilfe der „freiheitlichen Länder“ befreit werden müssen.

Der radikale Feminismus hat einen entscheidenden Nachteil: Er sieht nur eine Hierarchie – die zwischen Männern und Frauen. Women of Color etwa sind der Hierarchie zwischen Weiß und Schwarz ausgesetzt. Wenn dann weiße Frauen sie vor ihren schwarzen Männern retten wollen, kann das mit einem schwer erträglichen Rassismus gegenüber den „armen“ schwarzen Frauen und den „bösen“ schwarzen Männern einhergehen. Exemplarisch wird dieser Konflikt im Streit um das Kopftuch. Für die Radikalfeministinnen ein rotes Tuch, das Symbol für patriarchale Unterdrückung. Für viele Musliminnen dagegen Symbol ihres Glaubens – der von der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland diskriminiert wird. Ein unendlicher, kaum lösbarer Konflikt.

*Die Kölner Silvesternacht 2015 / 2016 und die mit ihr verbundenen sexuellen Übergriffe von Migranten auf Frauen haben auch die Frauenbewegung gespalten.*
*Foto: picture-alliance*

Diesen Konflikt anerkennen will die dritte feministische Strömung, die sich in letzter Zeit verstärkt bemerkbar macht. Sie findet unter anderem in der akademischen Debatte statt, in der Queers und Women of Color sich Gehör verschaffen konnten mit ihren Anfragen an das, was eine Frau hierzulande zu sein hat. Die Soziologie entwickelte daraus das Konzept der „Intersektionalität". Kerngedanke ist, dass Menschen in einem ganzen Feld von Machtbeziehungen stecken, in dem verschiedene Sektionen zu bestimmten Zeiten besonders wichtig werden. So befinden wir uns alle in ethnischen Bezügen, haben ein Alter, ein Geschlecht, eine soziale und kulturelle Position, die in bestimmten Situationen als Macht- oder auch Diskriminierungsfaktor wirksam werden.

Die Frau mit dem Kopftuch hat zu Hause vielleicht ein Problem mit dem Vater. Aber wenn sie auf dem deutschen Arbeitsmarkt auftritt, dann überlagert eine fremdenfeindliche Komponente, die Fremdheit des Tuches, ihre Probleme als Frau. Der Arbeitsmarkt, der sie unabhängiger machen könnte, kann das Problem mit dem Vater vielleicht lösen. Aufgabe des intersektionalen Feminismus wäre also herauszufinden, was eine Person in diesem Moment braucht, um mehr Subjekt und weniger Objekt von Macht zu sein.



Diesen Schritt geht der radikale Feminismus nicht immer mit. Er setzt eher feste Punkte: Eine Frau ohne Kopftuch ist freier als eine Frau mit Kopftuch. Damit ist er einfacher zu verstehen und in stärkerem Maße kampagnenfähig als der intersektionale Feminismus. Letzterer wird beispielsweise von der „Emma" geradezu bekämpft.

## Die Kölner Silvesternacht

Exemplarisch wurde dieser Streit anhand der massenhaften sexuellen Übergriffe von jungen männlichen Migranten auf Frauen in der Silvesternacht 2015/16 in Köln. Endlich nahm die Öffentlichkeit das Problem solcher Gewalttaten wahr. Aber sie tat dies ausschließlich, weil die Täter Männer mit muslimischem Hintergrund waren. Die sonstigen 7.000 angezeigten Vergewaltigungen in Deutschland pro Jahr wurden nicht thematisiert. Dass fast jeden Tag hierzulande eine Frau von ihrem Partner oder Expartner umgebracht wird, ist weithin unbekannt. Doch die Übergriffe der „Fremden", von denen am Ende kaum einer strafrechtlich verfolgt werden konnte, wurden als „Zivilisationsbruch" wahrgenommen.

Die intersektional denkenden Feminist_innen, die nicht müde wurden, auf diese Widersprüche hinzuweisen, galten den Radikalfeminist_innen fortan als Verräter_innen an der Sache der Frauen, weil sie den patriarchalen Hintergrund der „Fremden" relativierten. Sie machten sich damit zu Handlanger_innen des muslimischen Patriarchats, so der Vorwurf. Umgekehrt wurde Alice Schwarzer vorgehalten, mit ihrer Konzentration auf die patriarchale Problematik „fremder" Männer – hinter der die der „eigenen Männer" geradezu verschwindet –, einen rassistischen Diskurs zu führen.

Wie könnte die Zukunft unter diesen Bedingungen aussehen? Wie steht es um die Bündnisfähigkeit angesichts eines heraufziehenden Antifeminismus?

Problem eins: Der staatliche Feminismus kann viel bewegen, arbeitet aber gegen große Widerstände. Wenn die Regierung Maßnahmen propagiert, dann wendet sich die Stimmung nur langsam und zögerlich von Abwehr zu Akzeptanz. Zudem bleiben Minderheiten bestehen, denen die ganze Richtung nicht passt. Die AfD nimmt diesen Unmut auf und verknüpft ihn mit dem xenophoben Ressentiment, das wiederum mehrheitsfähig ist.

*Die Gender Studies und der intersektionale Feminismus dringen kaum über den Unicampus hinweg. Foto: picture-alliance*

Damit könnte der Antifeminismus quasi huckepack auf dem Rassismus mitreisen und die Stimmung gegen den staatlichen Feminismus befeuern. Parteien, die „die Ängste der Menschen" nur aufnehmen wollen, ohne deren Ursache auch zu hinterfragen, könnten hier versucht sein, den Feminismus des Grundgesetzes – da er ja einigen bereits Angst macht – schnell und geräuschlos einzustellen.

Problem zwei: Der radikale Feminismus möchte den nationalistischen Antifeminismus natürlich nicht fördern. Doch mit einer Art „Femonationalismus" (Sara Farris), der Frauen vor den „anderen Männern" schützen will, befeuert er ungewollt den nationalistischen Diskurs. „Toxischen Feminismus" nennen das die Soziologinnen Sabine Hark und Paula-Irene Villa. Diesen können dann die AfD und andere Konservative für sich besetzen (die AfD etwa will kostenlose Selbstverteidigungskurse für Frauen finanzieren). Und weil die radikalen Feminist_innen diese Ressentiments mittragen, tragen sie auch zur Stärkung der AfD bei und könnten den Antifeminismus schließlich ungefragt dazu serviert bekommen.

Problem drei: Der intersektionale Feminismus und die Gender Studies sind kaum öffentlichkeitswirksam, weil ihre Argumentation vielen zu anspruchsvoll ist. Und die, die Angst haben, neigen nicht zum kritischen Nachdenken – sie wollen schnelle, einfache Lösungen.

## Und nun?

Demut ist angesagt. Die Feminist_innen können es nicht richten. Den Antifeminismus kann man nur in den Griff bekommen, wenn ganz andere Diskurse wieder rationaler werden.

Erste Voraussetzung wäre, dass der Staat zu einem rationalen Umgang mit der grassierenden Fremdenfeindlichkeit zurückfindet. Sich nicht von ihr jagen lässt, sondern ihr entgegentritt. Dazu gehört eine rationale Flüchtlingspolitik. Probleme benennen, Kosten benennen, Ziele benennen und umsetzen – jenseits des ebenfalls unguten Dualismus von „alle sollen kommen dürfen" und „sie werden uns überschwemmen". Höchste Zeit ist es, die Angst vor den Fremden als das zu benennen, was sie ist: Angst. Ein Gefühl, das bekanntlich ein schlechter Ratgeber ist. Der Angst kann man begegnen durch die bewährte Konfrontationstherapie: Hinschauen. Denn der Antifeminismus sitzt eben Huckepack oben drauf auf der Fremdenfeindlichkeit.

Zweite Voraussetzung wäre, dass die Politik der sozialen und kulturellen Verunsicherung der Bevölkerung entgegentritt. Vor allem in Bezug auf feministische Vorhaben, die angeblich herrschende Identitäten in Frage stellen, sollten Meinungsführer_innen schlicht aufklären, statt mit Ressentiments Schlitten zu fahren und dabei so zu tun, als nehme man Sorgen ernst.

Und drittens wäre eine Frauenbewegung schön, die das alles antreibt. Die drei sichtbaren Strömungen des Feminismus können das im Moment nicht selbst herstellen. Hier gibt es nur eine Hoffnung: die auf die Ignoranz und Inkompetenz der Antifeminist_innen. De facto hat die AfD, etwa in den Länderparlamenten, die Frauenpolitik noch nicht massiv angegriffen. Täte sie es, wäre der Women's March in Deutschland da.

AUTORIN: Heide Oestreich

## Anregungen für den Text waren unter anderem:


- Sabine Hark und Paula-Irene Villa: Unterscheiden und Herrschen. Bielefeld 2017.
- Sara Farris: Die politische Ökonomie des Femonationalismus. Feministische Studien Heft 2, 2011.
- Anne Wizorek: Weil ein Aufschrei nicht reicht. Frankfurt am Main 2014.
- Alice Schwarzer (Hrsg.): Der Schock – die Silvesternacht in Köln. Köln 2016.
- … und ein langes Gespräch mit Ilse Lenz, emeritierte Professorin für Soziologie an der Universität Bochum.


## Thematische Zusammenhänge zur Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung:


- Dokumentation der Veranstaltung „Keimzelle der Nation?! Familien(-politik) und rechte Werte“ vom 31. Mai bis 1. Juni 2017 in Berlin.
- Dokumentation der Veranstaltung „The Female Face of the Far Right“ am 9. November 2017 in Straßburg.
- Andreas Kemper: Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. Berlin 2014.
- Andreas Kemper: Keimzelle der Nation – Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt und gegen eine progressive Geschlechterpolitik radikalisieren. Berlin 2014.
- http://www.zukunftsforum-familie.de/fileadmin/user_upload/pdf/infocenter/dokumentationen/Dokumentation_Keimzelle_der_Nation_Familien_-politik__und_rechte_Werte.pdf
- https://www.fes.de/europecalling/europe-calling-strasbourg/
- http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641-20140414.pdf
- http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11163.pdf

*Gewalt gegen Frauen ist auch in Tunesien ein Problem. Das Frauenhaus Beity bietet diesen Frauen Schutz. Foto: Sarah Mersch*

# TUNESIEN: KAMPF UM DEN ÖFFENTLICHEN RAUM

Im Jahr 2011 war Tunesien Ausgangspunkt des „Arabischen Frühlings". Als einziges Land der Region hat der politische Umsturz hier in Ansätzen demokratische Früchte getragen. Auch bei den Frauenrechten geht es voran. Seit seiner Unabhängigkeit 1956 gilt Tunesien als regionaler Vorreiter in Sachen Gleichberechtigung. Nun hat das Parlament mit großer Mehrheit eine umfassende Strafrechtsänderung verabschiedet, um Frauen besser vor Gewalt zu schützen, und der Justizminister hat eine Anordnung aus den 1970er Jahren aufgehoben, die es Tunesierinnen de facto untersagte, Nicht-Muslime zu heiraten. Ein Fortschritt, sicher. Doch viele andere Diskriminierungen müssen noch angegangen werden.

Am 26. Juli verabschiedete das Parlament einstimmig das neue Gesetz zum Schutz von Frauen vor Gewalt. Es verändert das tunesische Strafrecht entscheidend und gleicht es den Prinzipien der neuen Verfassung aus dem Jahr 2014 an. Vorangegangen waren jedoch heftige Debatten. Mehrezia Labidi, ehemalige Vizepräsidentin der Verfassungsversammlung und Abgeordnete der konservativ-islamischen Ennahdha-Partei, schüttelt den Kopf, wenn sie an die langwierigen Diskussionen auch in ihrer Partei denkt. „Wenn es in einer Gesellschaft wie unserer um Frauen geht, fallen manchmal alle Hemmungen. Was auch in unseren Fraktionen für Konservative sitzen …", sagt sie, als könne sie es immer noch nicht glauben. Doch die Befürworter_innen des Gesetzes, die sich über alle politischen Lager verteilen, haben nicht aufgegeben. Manchmal müsse man eben ein kleines Erdbeben in den Köpfen auslösen, so Labidi. „Natürlich muss ein Politiker auf seine Basis hören, aber er muss sie auch dazu bringen, Fortschritte zu machen."

Ganz ähnlich wie Labidi sah das vor mehr als 60 Jahren schon der erste Präsident Tunesiens, Habib Bourguiba. 1956, im Jahr der Unabhängigkeit des Landes und noch vor der Verabschiedung einer Verfassung, setzte er – im Gegensatz zu Labidi ein überzeugter Säkularer – ein für damalige Verhältnisse revolutionäres Personenstandsgesetz (Code du Statut Personnel, CSP) durch. Es ist bis heute verantwortlich für den Ruf Tunesiens, das Musterland der Region in Sachen Frauenrechte zu sein.

Monia Ben Jemia, Vorsitzende des Tunesischen Verbandes der Demokratischen Frauen (Association Tunisienne des Femmes Démocrates, ATFD), fiel am 26. Juli 2017 ein Stein vom Herzen oben auf der Besucher_innentribüne des Parlaments. Seit mehr als zehn Jahren hatte die historisch wichtigste Frauenrechtsorganisation Tunesiens für eine Gesetzesänderung

*Immer wieder kommt es zu sexueller Belästigung im öffentlichen Nahverkehr. Der Kontakt zu fremden Männern wird daher vermieden. Foto: picture-alliance*

gekämpft. Erst nach dem politischen Umbruch 2011 kam Bewegung in die Angelegenheit. Zwar gebe es immer noch Reformbedarf, „aber insgesamt ist das ein gutes Gesetz", so Ben Jemia, die aufzählt, was sich alles mit dem neuen Gesetz, das im Januar 2018 in Kraft treten wird, zum Positiven wandelt. So wird jetzt beispielsweise Belästigung im öffentlichen Raum unter Strafe gestellt. Eine Studie des CREDIF (Centre de Recherches, d'Études, de Documentation et d'Information sur la Femme / Zentrum für Forschung, Studien, Dokumentation und Information über Frauen), von UN Women und des tunesischen Familienministeriums hatte 2015 ergeben, dass mehr als die Hälfte der Frauen schon einmal auf der Straße Opfer von Belästigungen geworden waren, im öffentlichen Nahverkehr waren es sogar rund 90 Prozent.

## „Kein Zustieg für Belästiger"

Ähnlich wie fast zeitgleich in Jordanien ist zudem eine Regelung abgeschafft worden, die es Vergewaltigern von Minderjährigen erlaubte, ihre Opfer zu heiraten, um einer Strafverfolgung zu entgehen. In Scheidungsverfahren wegen häuslicher Gewalt wurde früher die Strafverfolgung automatisch eingestellt, wenn die Frau den Scheidungsantrag zurückzog – auch dieses Vorgehen ist mit dem neuen Gesetz hinfällig.

Darüber hinaus ist der Begriff der Vergewaltigung juristisch neu definiert worden. Er wird nun unabhängig davon gesehen, in welchem Verhältnis die Beteiligten zueinanderstehen. Auch Vergewaltigung in der Ehe wird somit endlich ein Straftatbestand. Begleitet werden die Änderungen – auch das ist gesetzlich festgehalten – von einem umfangreichen Sensibilisierungsprogramm etwa für Familienrichter_innen und Anwält_innen. Für Sicherheitskräfte, die oft als Erste im Kontakt mit Opfern von Gewalt stehen, führt das Forschungszentrum CREDIF zusammen mit der Initiative GAV (Génération A'Venir / die kommende Generation oder auch Zukunftsgeneration) und mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Tunesien Veranstaltungen zur Sensibilisierung durch. Unter dem Motto „Kein Zustieg für Belästiger" hat das Zentrum im September zudem eine Kampagne gegen Belästigung im öffentlichen Nahverkehr lanciert.

Vielen geht das neue Gesetz jedoch nicht weit genug. „Wir haben den richtigen Augenblick verpasst, um noch mehr durchzusetzen", findet die Juristin Sana Ben Achour, ehemalige Vorsitzende der ATFD. Sie hätte statt der Strafrechtsreform gern einen gender-basierten Ansatz gesehen, der den gesamten Gesetzeskorpus miteinbezieht und aktualisiert. Denn dort sind noch viele Paragraphen enthalten, die Geschlechterunterschiede zementieren, so Ben Achour, vor allem im einst so revolutionären Personenstandsgesetz von 1956, das damals die Polygamie abschaffte und Frauen erlaubte, zu wählen und sich wählen zu lassen sowie die Scheidung einzureichen. Fragt man Monia Ben Jemia, handelt es sich beim CSP gar um den Text, „der Frauen heute am stärksten diskriminiert".

## Die Gesetze der gesellschaftlichen Lebensrealität anpassen

Dank dieses Gesetzes seien die Tunesier_innen heute das, was sie sind. Doch der Text habe seinen Dienst getan, findet auch Sana Ben Achour. Heute sei er nicht mehr zeitgemäß, denn viele Vorschriften seien längst überholt von der tunesischen Lebensrealität. So ist laut Gesetz der Ehemann nach wie vor alleiniges Familienoberhaupt, obwohl heute zunehmend beide Elternteile berufstätig sind und zum Einkommen des Haushalts beitragen. „Dadurch hat die Mutter aber auch kein Sorgerecht für die Kinder, solange sie verheiratet ist", erklärt Ben Jemia. Dieses wird ihr normalerweise nur im Scheidungsfall zugesprochen, da dann das Kindeswohl im Vordergrund steht und dessen Wahrung von Seiten der Gerichte in der Regel eher bei der Mutter gesehen wird. Sie darf dann allerdings nicht erneut heiraten oder in eine andere Stadt ziehen. Sonst verliert sie das Sorgerecht. Wird dieses im Scheidungsfall jedoch dem Vater zugesprochen, muss er eine Frau an seiner Seite haben, die „in der Lage ist, das Kind aufzuziehen". Allein für das Kind verantwortlich zu sein wurde Männern in den 1950er Jahren noch nicht zugetraut.

Noch schwieriger ist die Situation bis heute für alleinerziehende Mütter außerehelich geborener Kinder. „Mütter und Kinder werden von der Gesellschaft ausgeschlossen", berichtet Sana Ben Achour. Oft brechen die Familien den Kontakt ab und die Frauen verlieren ihren Arbeitsplatz. Auch für die Kinder, die nicht wie sonst in Tunesien üblich den Namen des Vaters im Personalausweis stehen haben, werde jeder Verwaltungsakt zur Schikane; sie würden schon in der Schule ausgegrenzt.

## Ein sicherer Raum für Ausgegrenzte

Für solche Frauen und ihre Kinder setzt sich die Organisation Beity (Mein Haus) ein, die Ben Achour 2012 mitgegründet hat. Neben Rechtsberatung, medizinischer und psychologischer Betreuung sowie Öffentlichkeitsarbeit betreibt der Verein eines von drei Frauenhäusern, die in Tunesien existieren. „Wir wenden uns an all jene Frauen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden." Alleinerziehende Mütter, Obdachlose und Prostituierte finden dort einen Platz. In einer umgebauten Schule in Tunis haben sie vor einem Jahr ihr Quartier bezogen. Eine quirlige Endzwanzigerin öffnet dort die Tür. Nadia Benzarti ist Psychologin und leitet das Frauenhaus von Beity. Zurzeit ist sie verantwortlich für elf Frauen zwischen 18 und fünfzig Jahren und für genauso viele Kinder, die dort untergekommen sind. Auf den großen Innenhof brennt die Spätsommersonne – die meisten Frauen haben sich in ihre Zimmer oder einen der Gemeinschaftsräume zurückgezogen. Den genauen Ort des Hauses versucht Beity geheim zu halten, um die Bewohnerinnen zu schützen.

„Die meisten wurden von anderen Vereinen an uns verwiesen, mehr und mehr kommen aber auch über Mund-zu-Mund-Propaganda", erzählt Benzarti. Sie bezeichnet sich selbst als Mädchen für alles, denn sie koordiniert die Zusammenarbeit mit staatlichen und nicht staatlichen Stellen, organisiert Kulturveranstaltungen für die Bewohnerinnen und kümmert sich um Kindergartenplätze oder Probleme mit dem Stromversorger.

*„Wir wenden uns an all jene Frauen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden", so Nadia Benzarti Leiterin des Frauenhauses Beity. Foto: Sarah Mersch*

Einmal aufgenommen, werden die Frauen bei Beity rundum betreut. Viele sind Opfer häuslicher Gewalt, bei anderen handelt es sich um junge Waisen, die mit der Volljährigkeit die staatlichen Waisenhäuser verlassen mussten und sich nun auf der Straße wiederfinden. Zunächst gehe es darum, die Frauen zu stabilisieren. „Oft wird es besser, sobald juristische Verfahren, zum Beispiel eine Scheidung, abgeschlossen sind." Dann gelinge es den Frauen leichter, neue Perspektiven zu entwickeln. Denn genau darum geht es Beity: „Wir entwickeln mit ihnen ein neues Projekt für ihr Leben", so Benzarti, „damit sie mittelfristig wieder auf eigenen Füßen stehen können."

## Sozioökonomisch weiterhin im Nachteil

Dass Frauen in Tunesien nicht nur häufiger arbeitslos sind, sondern auch seltener Firmen oder Land besitzen, sei ebenfalls im CSP quasi zementiert. Denn das dort festgeschriebene Erbrecht orientiert sich am islamischen Recht, nach dem Frauen „gleichen Ranges" in der Regel ein Drittel, Männer aber zwei Drittel erben. Seit Jahren wird immer wieder darum gestritten; zum tunesischen Frauentag am 13. August, dem Tag der Verabschiedung des CSP und offiziellen Feiertag, hat sich dieses Jahr erstmals der säkular-konservative Staatspräsident Essebsi, Gründer der Partei Nidaa Tounes, eingeschaltet und eine Reform angemahnt.

Der Aufschrei war groß, doch äußerten sich vereinzelt auch Politiker_innen aus dem islamisch-konservativen Spektrum sowie der Mufti, der oberste Religionsgelehrte des Landes, eher wohlwollend. Man müsse über diese wichtige Frage zumindest diskutieren, so der Tenor. Ein – mehrheitlich männlich besetztes – Komitee aus Jurist_innen, Soziolog_innen und Vertreter_innen der Zivilgesellschaft soll nun einen konkreten Vorschlag zur Lösung unterbreiten, mit dem sowohl Befürworter_innen einer Reform leben können als auch diejenigen, die nicht an der religiös verankerten Basis des Textes rühren wollen. Die Religion sei dabei nur ein Vorwand, ist Monia Ben Jemia sicher. „Eigentlich geht es doch um patriarchalische, machistische Strukturen."

Quer durch das politische Spektrum wird außerdem immer wieder argumentiert, die Erbrechtsfrage sei nicht prioritär, allenfalls ein Problem der Reichen, und man solle sich doch lieber erst mal um die Situation der Frauen auf dem Land kümmern, die als Tagelöhnerinnen auf den Feldern arbeiten. Sana Ben Achour kann diese Kommentare nicht mehr hören. „Warum sind die Frauen denn arm? Weil sie auf den Feldern ihrer eigenen Vorfahren arbeiten und dabei auch noch weniger verdienen als die Männer." Das gegenwärtige Erbrecht führe nur dazu, dass sich die ungerechten sozioökonomischen Strukturen verfestigen.

## Frauenrechte als taktisches Ablenkungsmanöver?

Während das Erbrecht noch diskutiert wird, hat die tunesische Justiz im September dieses Jahres überraschend eine Anordnung von 1973 aufgehoben, nach der es Tunesierinnen verboten war, Nicht-Muslime zu heiraten. Dies hatte dazu geführt, dass unzählige Ausländer zur Anerkennung der Ehe zumindest auf dem Papier konvertieren mussten. Obwohl der jetzige Schritt, den ebenfalls Präsident Essebsi angeregt hatte, von weiten Teilen der Öffentlichkeit begrüßt wurde, sorgte der Zeitpunkt für Verwunderung.

Die Ankündigung erfolgte nur einen Tag, nachdem die Regierungskoalition im Parlament ein umstrittenes Gesetz zur Straffreiheit für bestechliche Beamte aus der Zeit der Diktatur durchgedrückt hatte. Das sei kein Zufall, glaubt Amna Guellali, Leiterin von Human Rights Watch in Tunis, sondern geschicktes Taktieren. Sie fühlt sich an die Zeit vor der Revolution erinnert, als Frauenrechte vor allem „ein Ablenkungsmanöver von repressiven Praktiken" waren. „Die tunesische Regierung erinnert uns an die Widersprüche

*Zwei starke Frauen auf dem Weg in die Politik: Leila Oguntayo und Emna Halalïli.*
*Foto: Sarah Mersch*

der Vergangenheit, als Frauenrechte genutzt wurden, um ein System reinzuwaschen, das von Korruption und systematischen Menschenrechtsverletzungen durchzogen war."

Auch wenn die aktuellen Fortschritte in Sachen Frauenrechte nicht ganz ohne taktische Hintergedanken auf den Weg gebracht worden sein sollten – die Politik wird in Tunesien künftig weiblicher werden. Denn die Verfassung sieht eine paritätische Beteiligung von Frauen in regionalen Gremien vor. Der erste Schritt: die Kommunalwahlen, die voraussichtlich im Frühjahr 2018 landesweit stattfinden.

In Nabeul, rund eine Autostunde südlich von Tunis, sitzen Emna Halalïli und Leila Oguntayo im Café. Kennengelernt haben sie sich bei einem Programm der FES, das sich an arbeitssuchende Frauen richtet. Eigentlich ging es dabei vor allem darum, wie man eine Bewerbung schreibt und sich im Vorstellungsgespräch präsentiert, um bessere Chancen auf eine Anstellung zu haben. Aber auch Frauen- und Menschenrechte sowie die anstehenden Kommunalwahlen wurden immer wieder diskutiert.

## Frauen in den öffentlichen Raum bringen

„Eines Abends bin ich dann im Fernsehen auf eine politische Talkshow gestoßen. Früher hätte ich sofort umgeschaltet", gibt Halalïli zu. Doch die 27-jährige Physiklehrerin blieb hängen und entschied sich schließlich, auf einer unabhängigen Liste für die Kommunalwahlen zu kandidieren. Themen gebe es in ihrer Heimatstadt schließlich genug und jede müsse anfangen, vor ihrer eigenen Haustür zu kehren – im wahrsten Sinne des Wortes, denn die Straßen liegen voller Müll. Neben der Müllabfuhr funktionieren auch andere kommunale Einrichtungen seit 2011 nur noch eingeschränkt. „Kindergärten, Parks, Spielplätze", beginnt die Mutter einer kleinen Tochter aufzuzählen. Auch die Sportanlage, wo sie als Mitglied der tunesischen U18-Basketball-Nationalmannschaft früher trainiert hat, sei in einem desolaten Zustand.

Leila Oguntayo war als Kind eine Zeit lang in der Jugendorganisation der ehemaligen Einheitspartei. „Doch meine Familie war immer nur Teil der Dekoration", so die Tochter einer Tunesierin und eines Nigerianers, „um zu zeigen, wie vermeintlich weltoffen man doch ist." Im Alltag wurden sie und ihre Geschwister wegen ihrer dunklen Hautfarbe diskriminiert. Bei der unabhängigen Liste fühle sie sich hingegen respektiert und ernst genommen. „Ich möchte mich engagieren, weil ich Angst um meine Stadt habe", sagt sie. Denn die neue Verfassung sieht nicht nur Parität in den Gremien vor, sondern auch größere finanzielle Unabhängigkeit für die Kommunen. „Dass Geld und Macht nicht gut zusammenpassen, haben wir in Tunesien ja nun zur Genüge erlebt", lacht die 34-Jährige. Eine Liste von unabhängigen Bürger_innen der Stadt sei die beste Garantie gegen Amtsmissbrauch, ist sie überzeugt. Einen festen Job hat Oguntayo noch nicht gefunden, dafür aber eine Praktikumsstelle im Büro der FES in Tunis. Und sie hat gelernt, für ihre Rechte einzustehen „und auf den Tisch zu hauen, wenn es nötig ist", erzählt sie lachend.

## Sexuelle Minderheiten: doppelt diskriminiert

Genderthemen in die Öffentlichkeit bringen – darum geht es auch dem Festival Chouftouhonna (Ihr habt die Frauen gesehen), einer queerfeministischen Kunstveranstaltung, die dieses Jahr zum dritten Mal stattgefunden hat. In einem Theater am Rande der Altstadt von Tunis verhandeln Frauen

*Bochra Triki gründete 2013 den Verein Chouf. Traditionelle Frauenorganisationen taten sich schwer mit den Aliegen der LGBTI-Community. Foto: Sarah Mersch*

aus der ganzen Welt feministische Themen. Es geht um Kunst, Politik und Sexualität. Organisiert wird das Festival von der LGBT-Organisation Chouf. „Wir hatten zunächst versucht, die traditionellen Frauenorganisationen anzusprechen", erzählt die Gründerin von Chouf, Bochra Triki. Doch die hätten sich schwergetan mit homosexuellen Themen, sagt die junge Universitätsdozentin. Sie gründete mit einigen Mitstreiterinnen 2013 ihren eigenen Verein, denn die anderen Organisationen, die für die Rechte von sexuellen Minderheiten kämpfen, werden von Männern dominiert.

„Wir werden gleich doppelt diskriminiert, wegen unseres Geschlechts und unserer sexuellen Orientierung", erzählt eine junge Frau, die ebenfalls bei Chouf Mitglied ist, aber anonym bleiben möchte, da ihre Familie nichts von ihrer Homosexualität weiß. Denn die ist nicht nur ein gesellschaftliches Tabu, sondern kann in Tunesien mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden. Gegen Belästigungen und Übergriffe vorzugehen ist damit quasi unmöglich, denn die Opfer riskieren, selbst zu Beschuldigten zu werden.

Die Studentin ist zu Chouf gekommen, nachdem sie von einem Unbekannten unter Druck gesetzt wurde, der gesehen hatte, dass sie eine Frau geküsst hatte. „Vorher wusste ich gar nichts über das queere Milieu in Tunesien. Jetzt habe ich ein Netzwerk, auf das ich zählen kann", sagt sie. Ihre Erleichterung ist heute noch zu hören. Das Netzwerk ist es auch, das die alltägliche Diskriminierung erträglich macht. „Warum hängst du mit diesen Leuten rum? Warum haben die kurze Haare? Warum ziehst du dich wie ein Junge an? Und wann willst du endlich heiraten?" – das bekämen sie täglich zu hören, erzählen die beiden Frauen.

Doch allein die Tatsache, dass sie inzwischen auch mit den anderen Frauenorganisationen eng zusammenarbeiten, dass in der Öffentlichkeit über LGBT-Themen diskutiert wird und ein Festival wie das ihre mitten in der Hauptstadt stattfinden kann – all das ist für Triki und ihre Mitstreiterinnen ein Zeichen, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln. „Vor 2011 wäre das niemals möglich gewesen", ist sie überzeugt.

AUTORIN: Sarah Mersch

*Wie so viele andere, ging diese Frau im Herbst 2016 gegen die geplante Verschärfung des Abtreibungsrechts auf die Straße. Foto: Reuters*

# DER SCHWARZE PROTEST HAT POLEN VERÄNDERT

Seit dem Wahlsieg der erzkonservativen PiS-Partei in den polnischen Parlamentswahlen 2015 wird das Land von den Parteivertreter_innen systematisch umgebaut. Wie die demokratische Rechtsstaatlichkeit sind auch die Frauenrechte unter Beschuss geraten. Dass mit Beata Szydło bis Dezember 2017 eine Frau Ministerpräsidentin war, ändert daran rein gar nichts. Eines ihrer ersten Vorhaben war die Verschärfung des ohnehin sehr restriktiven Abtreibungsrechts. Hunderttausende gingen am 3. Oktober 2016 dagegen landesweit auf die Straße. Wie haben sich die sogenannten Schwarzen Proteste ausgewirkt? Agnieszka Wiśniewska, Chefredakteurin des Onlineportals KrytykaPolityczna.pl (Politische Kritik), gibt einen analytischen Einblick.

Die Demonstrationen des Schwarzen Protests haben die Debatte über die Situation der Frauen in Polen nachhaltig beeinflusst. Will man heute über Frauenrechte und Feminismus in Polen sprechen, muss noch einmal auf die Proteste von damals eingegangen werden.

Zentraler Gegenstand der Proteste war das Abtreibungsrecht, das zu den restriktivsten in Europa gehört. Das polnische Parlament hatte kurz zuvor eine weitere Verschärfung der entsprechenden Gesetze beschlossen und zugleich einen von der Initiative Ratujmy kobiety (Retten wir die Frauen) eingebrachten Gesetzentwurf über eine Liberalisierung des Abreibungsrechts zurückgewiesen. Das war ein deutlicher Hinweis darauf, welche Bürger_innen das Parlament anzuhören gewillt ist und welchen Teil der Gesellschaft es ganz einfach zu ignorieren beabsichtigt.

## Neoliberalismus und Feminismus

Warum war der Schwarze Protest so wichtig? Natürlich vor allem deshalb, weil sich ihm viele Tausend Menschen angeschlossen hatten. Aber auch, weil er nicht nur in den großen, sondern ebenfalls in mittleren und kleineren Städten stattfand. Weil neben den aktiven Feministinnen, die auf fast allen Demonstrationen zur Verteidigung der Frauenrechte anzutreffen sind, auch ganz junge Frauen mitdemonstrierten sowie Prominente und Frauen, die nie zuvor auf die Straße gegangen waren. Und weil er internationale Unterstützung erhielt. Außerdem betraf er ein Thema, das wir jahrelang als „kulturelle Frage" bezeichnet hatten.

*„Mein Recht", „Meine Wahl" haben sich die beiden jungen Frauen in Brüssel auf den Bauch geschrieben. Sie wollen Frauen in Polen und anderen Ländern mit extrem restriktivem Abtreibungsrecht unterstützen. Foto: picture-alliance*

Ich möchte mit dem letzten Punkt beginnen. In Polen, aber auch in Mittel-Ost-Europa beschränkt sich der feministische Diskurs oft darauf, dass sich Feministinnen mit kulturellen Dingen befassen statt über soziale Probleme zu sprechen. Statt über die Ungleichbehandlung am Arbeitsmarkt sprechen sie über Abtreibungen. Das hat historische Gründe.

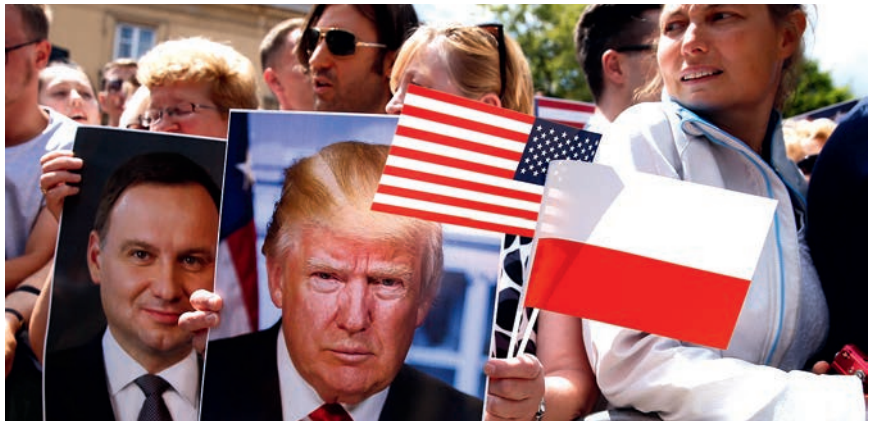
Nach der Transformation infolge des politischen Umbruchs 1989 hatte die feministische Bewegung die Chance, Teil der „Welle der Freiheit" zu werden, die diesen Teil des Kontinents überrollte. Sie brachte uns nicht nur Diskussionen über die Menschenrechte, sondern auch reale Instrumente zur Stärkung dieser Rechte, etwa die Möglichkeit internationaler Vernetzung und Unterstützung aus dem Ausland. Gleichzeitig brachte sie uns den Neoliberalismus, das unkritische Akzeptieren des Kapitalismus und die ihm immanenten Ungleichheiten. Für die feministische Bewegung bedeutete dies, dass ihre Aktivitäten, wie Publikationen, Konferenzen oder öffentliche Aktionen, konkret unterstützt werden konnten – durch ausländische Stiftungen, später auch durch die Europäische Union (EU). Doch es führte auch zu einer Vielzahl von internen Debatten und Auseinandersetzungen zwischen liberalen und linken Feministinnen.

Veranschaulichen lassen sich diese inneren Spannungen am Beispiel einiger Konferenzen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Im Jahr 2016 diskutierten wir unter dem Titel Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit? Feministische Blicke auf den Neoliberalismus in Mittel-Ost-Europa über die Tatsache, dass im Laufe der Zeit das Verhältnis zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation wie auch zum früheren politischen System zunehmend zur Streitfrage und zu einer zentralen Trennlinie innerhalb der feministischen Bewegung geworden war. Ein Jahr später wurde das Thema erneut aufgegriffen – auf der Konferenz: „Wie können falsche Trennungen überwunden werden? Neoliberaler Konsens versus rechten Populismus – Herausforderungen für feministische und linke Bewegungen in Mittel-Ost-Europa". Die Tagungsteilnehmer_innen diskutierten, inwiefern der Mainstream-Feminismus gerade dadurch zur Akzeptanz des Neoliberalismus und seiner Ungleichheiten beigetragen hatte, dass er sich vor allem mit kulturellen Fragen befasste und die wirtschaftlichen Reformen kritiklos hinnahm. Die Debatte über die Zusammenhänge zwischen Neoliberalismus und Feminismus zeigte und zeigt, wie bedeutsam die Spannungen sind zwischen Wirtschafts- und Freiheitsfragen auf der einen und Frauenrechten auf der anderen Seite.

Während wir diese Diskussionen führten, hat sich die Welt um uns herum gewandelt. Die EU kämpft mit inneren Problemen und beschäftigt sich heute mehr mit dem Brexit und der Bedrohung der Rechtsstaats in Polen oder in Ungarn als mit Fragen der Menschen- und Frauenrechte in unserer Region. In den USA wurde der Sexist Donald Trump zum Präsidenten gewählt. Schien es jahrelang, als bringe der von Westen wehende Wind neben dem Kapitalismus auch bürgerliche Freiheiten und eine Stärkung der Menschen- und damit auch der Frauenrechte, hat die Wahl von Trump wohl endgültig bewiesen, dass dies nicht unbedingt so sein muss.

Und in dieser Wirklichkeit – mit einer geschwächten EU und der Präsidentschaft Donald Trumps – ließ ein „kulturelles" Thema wie das Recht auf Abtreibung in den Städten Polens Tausende Frauen auf die Straße gehen. Es ist kein Zufall, dass auch in den USA Frauen demonstrierten und dass deren Protestmarsch eine der ersten Massenreaktionen auf die Wahl von Trump war – die Frauen empfanden diese Wahl als Bedrohung. In Polen waren es ebenfalls die Frauen, die entschlossen auf das Handeln der konservativen Regierung reagierten.





*Im Juli 2017 bereiste Donald Trump Polen und traf unter anderem den polnischen Präsidenten Duda. Viele Bürger_innen bereiteten ihm einen warmen Empfang. Foto: Reuters*

## Abtreibung auf Polnisch

Das Recht auf Abtreibung ist kein kulturelles Thema, selbst wenn es als solches angesehen wird. Jahrelang haben Feministinnen in Polen darauf hingewiesen, wie sehr die Möglichkeit abzutreiben vom Inhalt des Geldbeutels abhängt: Du hast das Recht zu entscheiden, wenn du es dir leisten kannst. In Polen werden heute rund 1 000 legale Abtreibungen gezählt. In einem Land mit fast 40 Millionen Einwohner_innen. Alle wissen, dass diese Zahl nicht die tatsächliche Menge der Abtreibungen erfasst, sondern dass es eine riesige Dunkelziffer gibt und viele Polinnen ihre Schwangerschaftsabbrüche im Ausland vornehmen lassen.

Feministische Organisationen informieren seit Jahren über Abtreibungen im Untergrund, jede Tageszeitung enthält in der Rubrik „Gynäkologie" Anzeigen des Typs „Wiederherstellung des Monatszyklus". Leider hat das noch nicht gereicht, um massenhaften Protest hervorzurufen.

Als nach der Zurückweisung des Bürgerbegehrens zur Liberalisierung des Abtreibungsrechts durch das Parlament in Polen eine breitere Debatte über diese Frage einsetzte, wurde deutlich, dass viele Frauen des Mainstreams nicht wussten, wie extrem eingeschränkt die Möglichkeiten der Abtreibung in Polen sind. Warum wussten sie es nicht? Weil es sie und ihre Freundinnen nicht betraf. Denn Frauen ließen zwar abtreiben, aber

sie sprachen nicht öffentlich darüber. Als sich die beliebte Sängerin Natalia Przybysz auf dem Höhepunkt des Schwarzen Protests öffentlich zu einer Abtreibung bekannte – vorgenommen in der Slowakei, wohin viele Polinnen für diesen Eingriff reisen –, schlug ihr eine Woge der Kritik entgegen, aber sie erhielt auch sehr viel Unterstützung.

Und letzteres ist wichtig. Die Polinnen fanden den Mut, ihre Stimme zu erheben. Sie fanden den Mut, auf die Straße zu gehen. Vielleicht gerade, weil das Thema als kulturelles galt und nicht als politisches. Was jahrelang als Argument gegen Gespräche über das Abtreibungsrecht eingesetzt worden war, erwies sich plötzlich als Vorteil. Hier erschein ein Interview mit einer Prominenten, die abgetrieben hatte, da ein Buch, in dem Frauen über ihre Abtreibungen erzählten, dort wurde ein Literaturwettbewerb mit Bezug zum Schwarzen Protest ausgeschrieben. Plötzlich las man nicht mehr nur in feministischen Internetportalen, sondern in den Mainstream-Medien schockierende Geschichten von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch hinter sich hatten. Hier nur ein Beispiel:

Eine Hauptfigur des Buches *Dziewięć rozmów o aborcji* (Neun Gespräche über Abtreibungen) erzählt: „Mein Partner entdeckte die Anzeige. Wir wollten den Arzt kontaktieren. Mein Partner ging ins Geschäft, kaufte eine SIM-Karte mit neuer Nummer, rief an und erzählte ausführlich, worum es ging." Der weitere Verlauf der Geschichte erinnert an eine Krimiserie. „Wir gingen durch ein Haustor. Wir waren zusammen dort, und ich dachte: ‚Mein Gott, er kann uns ja überall hinführen, sogar zur Polizei.' Ein Geschäft unter der Hand, als kaufte ich Amphetamin. Eine dunkle Gasse, ein Hauseingang, der Typ sagt: ‚Alles wird gut.' Und gibt uns ein paar Tabletten, ohne Verpackung, ohne Beipackzettel, ohne alles. Damit sind wir nach Hause gefahren. Ich war schockiert: ‚Verdammt noch mal, ich weiß nicht einmal, was das ist.' So macht man das in Polen: eine neue SIM-Karte, eine Tablette, die man in einem Hauseingang bekommt."

Jede dieser Stimmen wurde wichtig, denn es waren persönliche Stimmen. Ebenso wichtig war, dass es nicht die ersten Wortmeldungen in dieser Sache waren. Für den Mainstream mochten sie neu sein, doch feministische Organisationen hatten in jahrelanger Arbeit eine Basis geschaffen. All die Konferenzen, Debatten und Bücher, die nur wenigen bekannt waren, wurden jetzt zum Fundament, auf dem sich ein neues Narrativ entwickeln konnte.

*Viele der Protestierenden im Oktober 2016 waren junge Frauen. Foto: picture-alliance*

Ein Beispiel aus dem eigenen Bereich. Auf den Seiten unseres Onlineportals veröffentlichten wir im Dezember 2015 einen Text über die Auswirkungen des absoluten Abtreibungsverbots in El Salvador. Dieser Text wurde von einigen Leuten gelesen und tauchte immer wieder unter den meist gelesenen Beiträgen auf – doch erst als ein Jahr später der Schwarze Protest begann, wurde der Artikel über El Salvador massenhaft geteilt. Auf Demonstrationen sah man Transparente mit dem Slogan, Polen dürfe kein zweites El Salvador werden. Die durch unseren Text vermittelten Informationen wurden nun zu Argumenten in den täglichen Diskussionen über das, was sich aktuell in Polen abspielte. Die Arbeit, die wir früher geleistet hatten, erwies sich nun als immens wichtig.

## „Was nicht Biographie ist, existiert nicht"

Ich habe oben die persönliche Dimension der Abtreibungserzählungen angesprochen, denn die individuelle Erfahrung ist für das Handeln von enormer Bedeutung. Der polnische Philosoph Stanisław Brzozowski schreibt, „was nicht Biographie ist, existiert nicht". Der Schwarze Protest war für viele Frauen eine Initiationserfahrung. Ich war in meinem Leben auf unzähligen feministischen Demonstrationen – und musste betrübt feststellen, dass ich nach ein paar Jahren die Hälfte der Teilnehmerinnen kannte. Als ich im Oktober 2016 an einer Demonstration im Rahmen des

Streiks der Frauen teilnahm, traf ich auf Massen von jungen Frauen, auf Frauen, die allein gekommen waren, ein Teil von ihnen wohl direkt von der Arbeit, denn es war Nachmittag und sie sahen aus, als hätten sie gerade erst das Büro verlassen.

Ich traf auf der Demonstration keine Bekannten; es war unmöglich, sich in der Menge durchnässter Menschen mit Regenschirmen zu finden – am 3. Oktober 2016 regnete es, und die Regenschirme wurden zum Symbol unseres Protests. Ich sah, dass auf dem Schlossplatz in Warschau Massen zusammengekommen waren, aber per Twitter und Facebook erhielt ich bald auch Informationen darüber, dass sich in anderen größeren Städten ebenfalls Tausende, in mittleren und kleineren Städten Hunderte Menschen auf Straßen und Plätzen versammelten. Die Nachrichten von den kleinstädtischen Demonstrationen waren die erfreulichsten, ist doch dort, wo jede_r jede_n kennt, die Hürde zum öffentlichen Protest bekanntlich am höchsten. Für manche Frauen hatte die Teilnahme an den Protestveranstaltungen Konsequenzen. In einigen Fällen nahm die Polizei ihnen Transparente mit vermeintlich kontroversen Parolen ab, in anderen wurden Disziplinarverfahren eingeleitet, wie es zehn Lehrerinnen aus Zabrze widerfuhr, die angeblich das Ansehen ihres Berufsstandes beschädigt hatten. Das Verfahren endete mit einem Freispruch, die Lehrerinnen wurden zu Heldinnen.

Die Frauen teilen ihre persönlichen Erfahrungen unter anderem über die sozialen Netzwerke. Das gab vielen von ihnen Kraft und ein Gefühl der Schwesterlichkeit. Nicht alle Teilnehmerinnen der Proteste würden sich als Feministinnen bezeichnen, aber viele erlebten in dieser Zeit ihre feministische und schwesterliche Initiation.

## You'll never walk alone

Der Schwarze Protest wurde in ausländischen Medien ausführlich beschrieben, doch er erhielt auch viel Unterstützung aus dem Ausland. Alle Bilder des Plakats mit der Aufschrift „#czarnyprotest, #blackprotest", die in den sozialen Netzwerken auftauchten, wurden geteilt und gaben uns, die wir in Polen protestierten, das Gefühl, nicht allein zu sein.

*Ilona Motkaya und Dr. Anita Kucharska-Dziedzic von der Organisation BABA beim Barcamp der FES am 11. März 2017 in Berlin. Foto: Anne Koch*

Im März nahmen polnische Teilnehmerinnen der Proteste an dem von der FES veranstalteten Barcamp Frauen in Berlin teil, darunter auch Ilona Motyka, die ich von einer Veranstaltung der von der FES organisierten Akademie für soziale Demokratie kenne. Ilona arbeitet in der Lebuser Gesellschaft für Frauenrechte (Lubuskie Stowarzyszenie na Rzecz Kobiet) BABA, die Opfer häuslicher und sexueller Gewalt unterstützt. Ihre Erfahrung des Schwarzen Protests gehört zu den Protesterfahrungen außerhalb der Metropolen. Bei Barcamp Frauen machte sie deutlich: Der Erfolg der PiS hatte viel mit der geringen Wahlbeteiligung und mit strategischen Fehlentscheidungen auf Seiten der progressiven Kräfte zu tun.

International solidarisierten sich bei diesem Thema sicher viele deshalb, weil es ein „kulturelles" und „freiheitliches" Thema ist und weil der Protest in Polen stattfand, wo eine rechts-konservative Regierung an die Macht gekommen war, die zentrale öffentliche Institutionen – etwa die öffentlich-rechtlichen Medien oder das Verfassungsgericht – für ihre Zwecke instrumentalisierte oder lahmlegte. Ich weiß aber auch, dass ein Teil der ausländischen Unterstützung aus den Kontakten resultierte, die feministische Bewegungen in Polen in den vergangenen Jahrzehnten geknüpft hatten. Der Protest half auch, neue Kontakte herzustellen.

*Die Regenbogenflagge ist fester Bestandteil der Protestbewegung, wie hier am Internationalen Frauentag 2017. Das gefiel anfangs nicht allen, die sich unter dem Schlagwort der „Verteidigung der Demokratie" zusammengefunden hatten.*
*Foto: picture-alliance*

Die Regierung zog den Gesetzentwurf zur Verschärfung des Abtreibungsrechts zurück. Das war ein Sieg für die Frauen in Polen. Und auch die demokratische Opposition merkte, dass die Stimme der Frauen nicht länger überhört werden konnte.

## Die Schwarzen Proteste haben das Land verändert

Der Regierungswechsel in Polen Ende 2015 löste eine Welle von Protesten aus. Diese standen im Zeichen der Verteidigung der Demokratie, der Verteidigung demokratischer Institutionen. Schon bald schlossen sich Politiker_innen der Oppositionsparteien den Protesten an, die Tausende Menschen auf den Straßen zusammenführten. Das gefiel nicht allen. Es gefiel auch nicht allen, dass bei Demonstrationen unter dem allgemeinen Schlagwort der Verteidigung der Demokratie nicht immer klar war, welche Art von Demokratie gemeint war. Es gab Fälle, in denen Teilnehmer_innen mit Regenbogenflaggen von Demonstrationen ausgeschlossen wurden. Teilweise wurden Oppositionspolitiker_innen ausgepfiffen, die über soziale Fragen sprachen.

Doch bei den Schwarzen Protesten zeigten die Frauen Stärke und Einigkeit über Parteigrenzen hinweg. Sie bewiesen, dass sie keine Politiker_innen brauchen, um Demonstrationen zu organisieren, sondern wunderbar allein zurechtkommen.

Als im Juli 2017 die nächste große Protestwelle die Menschen auf die Straße trieb – diesmal ging es um die Verteidigung der Unabhängigkeit der Gerichte –, wurde deutlich, dass bei den Demonstrationen nicht nur Platz für Regenbogenflaggen war – es waren viele zu sehen –, sondern dass auch homophobe oder sexistische Äußerungen nicht mehr stillschweigend hingenommen wurden. Bemerkungen, wie die des in Polen beliebten Sozialaktivisten Jerzy Owsiak, der auf die Kritik einer PiS-Abgeordneten an seiner Person mit dem Spruch reagierte, sie solle „es einmal mit Sex versuchen", bleiben heute nicht mehr unbeachtet. Zunächst reagierten linke Aktivist_innen, dann die liberalen Medien. Owsiak musste sich am Ende entschuldigen.

Der Protest der Frauen hat der Opposition seinen Stempel aufgedrückt. Die Frauen lassen nicht locker. Nachdem das polnische Parlament 2016 den Vorstoß zur Liberalisierung des Abtreibungsrechts abgelehnt hatte, machte sich die Initiative „Ratujmy kobiety" an die Erarbeitung eines neuen Gesetzesentwurfs und sammelt wieder Unterschriften. Während sich im ersten Anlauf die Politiker_innen der Opposition nicht gerade darum rissen, das Vorhaben zu unterstützen, lassen sie sich nun bereitwillig mit den Aktivistinnen der Initiative fotografieren und erklären öffentlich, sie hätten für den Gesetzesentwurf unterschrieben. Ob daraus auch eine Unterstützung des Vorhabens durch ihre Parteien resultieren wird, muss sich noch zeigen.

Sicher ist aber: Die Politiker_innen haben erkannt, dass es sich lohnt, zu den Feministinnen zu halten. Denn die sind gut organisiert. Die Parole „Leider können wir Frauen der Szydło-Regierung nicht trauen", die erstmals bei den Demonstrationen zur Verteidigung der Frauenrechte auftauchte, ist auch bei anderen Protestkundgebungen zu sehen.

*„Frauen, die Frauen hassen" steht auf dem Plakat, das die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło zeigt. Auch diesen Spruch konnte man bei den Protesten vielfach lesen. Foto: Reuters*

*Agnieszka Dziemianowicz-Bąk von der „Together"-Partei ist eine der politischen Hoffnungsträgerinnen der Linken in Polen. Foto: picture-alliance*

## Es gibt Anlass zur Hoffnung

Es wäre jedoch falsch zu glauben, von nun an werde jede Oppositionspartei das Recht auf Abtreibung in ihr Programm aufnehmen. Das wird nicht geschehen. Wir werden also weiterkämpfen müssen.

Sicher ist allerdings, dass die feministische Bewegung viele neue Verbündete gewonnen hat und dass sich das restriktive Abtreibungsrecht in Polen nicht so leicht noch weiter verschärfen lassen wird, wie es konservative Kreise gern hätten. Falls nötig, werden die Frauen einfach wieder in Scharen auf die Straße gehen.

Die Proteste haben einige Führungspersönlichkeiten hervorgebracht, die nicht lockerlassen werden. Zwei von ihnen sind Barbara Nowacka und Agnieszka Dziemianowicz-Bąk – beide in unterschiedlichen Parteien des linken Spektrums engagiert und im aktuellen polnischen Parlament nicht vertreten. Die amerikanische Zeitschrift Foreign Policy zählte beide 2016 zu den 100 führenden globalen Denker_innen. Von ihnen werden wir künftig sicher noch hören.

Zudem hat sich, aus der Not geboren, ein neues Verständnis von zivilgesellschaftlichem Engagement entwickelt. Die PiS-Regierung begann gleich nach Amtsantritt mit der Kürzung der Fördermittel für Frauenrechtsorganisationen. Viele Organisationen, wie etwa der Träger der Blauen Linie, einer Telefonhotline für Opfer von Gewalt, gerieten dadurch in finanzielle Schwierigkeiten. In dieser Situation sprangen die Bürger_innen ein, manchmal sogar die Wirtschaft. So spendeten beispielsweise die oben erwähnten Lehrerinnen aus Zabrze den Erlös einer Preisstatue, die sie für den Schwarzen Protest vom wichtigen und meinungsbildenden polnischen Nachrichtensender Radio TOK FM für ihren „besonderen Einfluss auf die Wirklichkeit" erhalten hatten.

Untersuchungen in Polen zeigen, dass junge Frauen progressiver eingestellt sind als junge Männer. Diese jungen Frauen sind nicht mehr in die Debatte über die Systemtransformation in Mittel-Ost-Europa verstrickt, sondern wachsen in einer Zeit auf, in der der ökonomische Diskurs in Polen anders als ausschließlich neoliberal geprägt ist. Nach der Finanzkrise des Jahres 2008 glauben nur noch eingefleischte Hardliner an die Selbstregulierungskräfte des Marktes, und diese jungen Frauen sehen um sich herum zahlreiche weibliche Vorbilder, die sich ohne Furcht zum Feminismus bekennen.

Der Schwarze Protest hat Polen verändert. Die schlechte Nachricht ist, dass Wachsamkeit und Widerstand gegen den Abbau von Freiheits-, Menschen- und Frauenrechten immer wichtiger werden. Die gute Nachricht: Immer mehr Polinnen, darunter viele junge Frauen, sind bereit, für Geschlechtergerechtigkeit, Wahlfreiheit und Demokratie für alle zu kämpfen!

AUTORIN: Agnieszka Wiśniewska
ÜBERSETZUNG AUS DEM POLNISCHEN: Bernhard Hartmann

*Kelly Dittmar am 13. November auf dem Podium der FES-Veranstaltung „Nur keine falsche Bescheidenheit!“. Foto: Maren Strehlau*

# „NUR WENIGE VON UNS KÖNNEN ES SICH LEISTEN, SICH NICHT ZU ENGAGIEREN“

Schockiert, fassungslos, erschüttert – so lässt sich die Reaktion eines Großteils der US-Bevölkerung auf den Wahlsieg von Donald Trump wohl beschreiben. Statt für Hillary Clinton, hatte sich das Land für den Kandidaten entschieden, der in seinem Wahlkampf immer wieder Hass gegen Minderheiten schürte und sich abfällig über Frauen äußerte. Wie konnte das passieren? Warum haben sich die Menschen statt für die erste Frau im Präsidentenamt für einen Frauenfeind entschieden? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, meint Kelly Dittmar, Wissenschaftlerin am Center for American Women and Politics des Eagleton Institute of Politics und Assistenzprofessorin für Politikwissenschaften an der Rutgers University-Camden. Dittmar analysierte für das unabhängige Projekt „Presidential Gender Watch“, welche Rolle das Geschlecht bei der Wahl 2016 spielte. Die Politikexpertin erklärte uns, warum die Mehrheit der weißen Frauen nicht für Clinton gestimmt hat und wo der Widerstand heute steht.

**FES:** Es ist jetzt ein Jahr her, seit Hillary Clinton die Wahl verloren hat. Fällt es immer noch schwer zu begreifen, dass Donald Trump jetzt Präsident der Vereinigten Staaten ist?

**KELLY DITTMAR:** Ich denke, viele versuchen immer noch herauszufinden, was genau bei dieser Wahl passiert ist und zu verstehen, wodurch die Unzufriedenheit und Wut der Menschen befeuert wurde, die Trump gewählt haben. Viele von uns haben sich die Zahlen angeschaut und gedacht: Ja, das ist ein gewisser Bevölkerungsanteil, aber das reicht nicht für seinen Sieg. Tja, wie man sieht, hat es doch gereicht. Aber wir schauen auch in die Zukunft und beschäftigen uns damit, was das für die nächsten Kongresswahlen 2018 und für die nächste Präsidentschaftswahl 2020 bedeutet. Als Professorin, die Studierende unterrichtet, und die für ein parteiunabhängiges Zentrum arbeitet, dränge ich die Menschen, beim nächsten Wahlzyklus aktiver zu sein und sich zu engagieren. Ich will nicht, dass die Leute zu Hause bleiben, am nächsten Tag aufwachen und sagen: „Oh, das hätte ich nicht für möglich gehalten. Ich hab mich nicht beteiligt, weil mir keiner der Kandidaten wirklich zugesagt hat.“

**FES:** Viele Menschen schienen sehr überrascht, dass die Mehrheit der weißen Frauen nicht für Clinton gestimmt hat. Nicht nur, weil sie damit die Chance vertan haben, die erste Frau ins Präsidentenamt zu wählen, sondern auch wegen der wiederholten frauenfeindlichen Äußerungen Donald Trumps.

*Kelly Dittmar ist Professorin für Politikwissenschaft an der Rutgers University und Wissenschaftlerin am „Center for American Women and Politics“. In dieser Funktion hat sie u.a. auch eine Analyse zu den Genderaspekten der Präsidentschaftskampagne 2016 verfasst. Foto: privat*

**KELLY DITTMAR:** Wir sollten uns stets vor Augen halten, dass es bei Frauen genauso viele verschiedene Meinungen und politische Präferenzen gibt wie bei Männern. Wir sollten den Frauen das zugestehen, denn wir erwarten ja von Männern auch nicht, dass sie alle männliche Kandidaten wählen, oder? Also dürfen wir so etwas auch von Frauen nicht erwarten. Zumindest in den USA mit ihrem Zwei-Parteien-System haben wir schon oft gesehen, dass das Geschlecht als Indikator für eine zu erwartende Wahlentscheidung nicht sehr zuverlässig ist. Menschen wählen auf der Basis einer Ideologie, einer politischen Agenda, also hätten wir wirklich nicht erwarten sollen, dass alle Frauen Hillary Clinton wählen würden. Von den weißen Frauen haben sich im Jahr 2016 rund 47 Prozent als Republikanerinnen beschrieben, während es unter den Frauen insgesamt 38 Prozent waren. Aus denselben Daten des Pew Research Center lässt sich ablesen, dass auch das Bildungsniveau Einfluss darauf hat, ob Frauen sich als republikanisch sehen. Eine knappe Mehrheit weißer Frauen ohne Collegeabschluss (51 %) beschrieb sich 2016 als republikanisch, während es bei den Frauen mit Collegeabschluss 49 Prozent waren.

*Hillary Clinton wäre gerne die erste Präsidentin der USA geworden. Dass es am Ende ein anderer wurde, lag auch an den Erwartungen, die an ihre Rolle als Frau geknüpft wurden, meint Dittmar. Foto: Reuters*

Tatsächlich erhielt Clinton mehr Stimmen von weißen Frauen als Barack Obama. 2012 war es Mitt Romney, der bei dieser Wählergruppe allgemein, wie bei den weißen Frauen mit Collegeabschluss im Speziellen vorne lag. Bei der letzten Wahl gewann Hillary Clinton 51 Prozent der Stimmen von weißen Frauen mit Collegeabschluss, doch viele hatten erwartet, dass sie von dieser Wähler_innengruppe eine weitaus größere Unterstützung erfahren würde – dass die republikanischen Frauen insgesamt sagen würden: „Wir können nicht für diesen Mann stimmen, denn er ist ein Sexist.“ Doch das ist nicht geschehen. Ich verstehe, dass viele überrascht waren. Denn wir alle haben gehofft, die Menschen würden erkennen, dass dieser Kandidat mit seinem Verhalten gegenüber Frauen und seinen Ansichten über Geschlechterrollen für alle Wählerinnen problematisch wäre. Doch dem läge die Annahme zugrunde, dass alle Frauen gleich denken, und das tun sie nicht.

**FES:** Also hat Clintons Geschlecht letztlich gar keine so große Rolle bei der Wahl gespielt?

**KELLY DITTMAR:** Ich will nicht sagen, dass Hillary Clinton die Wahl aufgrund ihres Geschlechts verloren hat, aber ich bin ganz sicher, dass es Einfluss auf den Verlauf des Wahlkampfes und auch auf den Ausgang der Wahl hatte. Die Menschen haben nicht die Wahlkabine betreten und sich plötzlich gesagt: „Ich kann einfach nicht für eine Frau stimmen.“ Wenn im Wahlkampf die Frage nach der Befähigung für das Präsidentenamt aufkam – in Hillary Clintons Fall Fragen zu ihrer Ehrlichkeit, zur Transparenz ihres Vorgehens und zu ihrem Durchhaltevermögen –, waren Wähler_innen aufgrund von stereotypen Vorstellungen oder geschlechtsspezifischen Erwartungen vermutlich eher geneigt, entweder die negativen Angriffe zu glauben oder die Dinge, die sie für sich ins Feld führte, anzuzweifeln. Dass Donald Trump sie im Wahlkampf immer wieder als unehrlich bezeichnet hat, scheint zunächst keinen Bezug zu ihrem Geschlecht zu haben, denn erstens stellen die Kandidat_innen die ethischen Grundsätze ihrer Gegner_innen ständig infrage und zweitens gibt es da ja tatsächlich eine Vorgeschichte bei den Clintons. Allerdings haben wir aufgrund geschlechtsspezifischer Stereotype die Erwartung, dass Frauen ehrlicher sind und mehr Wert auf Moral legen. Das kann für Frauen im Wahlkampf durchaus ein Vorteil sein – solange es niemand gegen sie verwendet.

Stellt man Frauen auf ein moralisches Podest, stürzen sie tiefer ab und schlagen härter auf, wenn sie heruntergestoßen werden. Im Fall von Hillary Clinton muss man sich also fragen, warum ihre Unehrlichkeit und ihre E-Mails so viel mehr Aufmerksamkeit erzeugt haben als die vielen Skandale und Lügen Donald Trumps. Ein Teil der Erklärung könnte in unseren Erwartungen hinsichtlich der vertretenen Werte liegen.

Da gab es Dinge, die wir von Hillary Clinton erwartet haben, und es gab Arten der Berichterstattung über sie, die ganz anders ausgesehen hätten, wäre sie ein Mann gewesen. Sympathie ist hier ein gutes Beispiel. Hillary Clinton hatte stets das Problem, dass die Menschen gesagt haben: „Ich mag sie einfach nicht. Sie erscheint mir nicht authentisch genug.“ Das stellt für Frauen eine echte Herausforderung dar. Meine Kolleginnen von der Barbara Lee Family Foundation haben einige experimentelle Studien dazu durchgeführt und nachgewiesen, dass bei Kandidatinnen eine Verknüpfung zwischen Sympathie und Qualifikation existiert. Wenn wir also denken, eine Kandidatin sei sympathisch, halten wir sie auch für qualifiziert. Wenn sie uns unsympathisch ist, sprechen wir ihr auch ihre Qualifikation ab. Da diese Verknüpfung bei Kandidaten nicht besteht, wählen wir häufig Männer, auch wenn wir sie nicht mögen.

**FES:** Das ist verrückt, oder?

*Bei weitem mehr Skandale und Lügen und doch hat er gewonnen. Ein Faktor für seinen Erfolg dürfte darin gelegen haben, dass Sympathie für Politiker weitaus weniger wichtig ist als für Politikerinnen. Foto: Reuters*

**KELLY DITTMAR:** Allerdings! Aber es ist hilfreich, wissenschaftliche Belege dafür zu sehen – wir denken uns das also nicht einfach aus. Für mich besteht hier auch eine Verbindung zur Frage nach der Authentizität. Es gibt Untersuchungen darüber, welchen Stellenwert Authentizität für die Wähler_innen hat und dass es besonders wichtig ist, dass ihnen der Präsident authentisch erscheint. Deshalb mochten die Menschen George W. Bush: Er wirkt wie der Typ, mit dem man ein Bier trinken gehen könnte. Für Frauen in der Politik ist das Thema Authentizität eine Herausforderung, weil die Menschen die Erwartung haben, dass man „Manns genug“ für den Job ist. Sie muss stark und zäh sein – nicht unbedingt Eigenschaften, die man typischerweise mit dem weiblichen Geschlecht verbindet. Um authentisch weiblich zu wirken, muss eine Frau auch passiv, zurückhaltend und sympathisch sein. Das ist eine Zwickmühle für Frauen. Man hat von Hillary Clinton wiederholt gefordert, sie müsse authentisch genug, aber auch maskulin genug sein. Wie schaffen es Frauen, diese beiden Dinge zu vereinen?

Wir können nicht genau sagen, inwieweit sich diese Wahrnehmungen von ethischem Verhalten, Sympathie oder Authentizität auf die Wahlentscheidung ausgewirkt haben, doch es hatte ganz sicher einen Einfluss darauf, wie Clinton von den Wähler_innen eingeschätzt wurde, wie man während des Wahlkampfes mit ihr umging und wie sie ihren Wahlkampf führen musste.

**FES:** Angela Merkel wurde gerade wiedergewählt, und es hatte nicht den Anschein, als habe ihr Geschlecht eine große Rolle bei dieser Wahl gespielt. Glauben Sie, dass die Zwickmühle, von der Sie vorher sprachen, nicht mehr besteht, wenn eine Frau bereits bewiesen hat, dass sie einer bestimmten Aufgabe gewachsen ist?

**KELLY DITTMAR:** Je besser wir eine Person kennen und sie als Individuum wahrnehmen, desto weniger wahrscheinlich ist es, dass wir sie nach Stereotypen einordnen. Ich glaube, das war auch bei Hillary Clinton der Fall. Einige der geschlechtsspezifischen Herausforderungen, mit denen andere, weniger bekannte Frauen zu kämpfen gehabt hätten, sind bei ihr nicht so stark zum Tragen gekommen. Carly Fiorina beispielsweise, die in den Vorwahlen auf Seiten der Republikaner kandidierte, war kaum bekannt. Sie wurde in der Partei nicht als ernstzunehmende Kandidatin wahrgenommen und auch so behandelt. Im Vergleich dazu schien es nicht so, als zögen die Menschen Hillary Clintons Qualifikation im gleichen Maße in Zweifel.

Doch wenn wir in den USA über eine erste Präsidentin sprechen, müssen wir uns auch der genauso wichtigen Aufgabe stellen, die Erwartungshaltung in Bezug darauf zu verändern, was es bedeutet, Präsident zu sein und wie es aussehen sollte. Wir haben auf unsere Präsidenten oft als große Männer, Helden, Anführer und Väter der Nation geblickt. Diese große Symbolkraft macht es Frauen schwer, in diesen Bereich vorzudringen – und erschwert es den Wähler_innen, Frauen als geeignete angehende präsidiale Anführerinnen zu sehen.

**FES:** Wie können Frauen am besten mit diesen Erwartungen umgehen?

**KELLY DITTMAR:** Eine Möglichkeit wäre, Frauen zu zwingen, sich einfach anzupassen. Frauen müssten beweisen, dass sie maskulin genug sind. Die andere, nachhaltigere Möglichkeit, die auch dazu führen würde, dass das Präsidialamt offener für unterschiedliche Arten von Kandidat_innen wäre, bestünde darin, die Grenzen dessen neu auszuloten, was es bedeutet, Präsident oder eben Präsidentin zu sein. Und ich denke, dass Hillary Clinton genau das getan hat. Einerseits, indem sie die Wahl zahlenmäßig gewonnen und damit bewiesen hat, dass die Mehrheit der Amerikaner_innen bereit

*Überväter. Skulpturen der Präsidenten George Washington, Thomas Jefferson, Theodore Roosevelt und Abraham Lincoln am Mount Rushmore. Foto: Reuters*

*Der Women's March im Januar 2017 war die größte Demonstration der Frauen*-Bewegung in den USA seit langem. Foto: Reuters*

ist, für eine Frau zu stimmen – dass sie am Ende doch verloren hat, liegt an den Eigentümlichkeiten unseres Wahlsystems. Andererseits hat sie sich in ihrem Wahlkampf bereit gezeigt, ihr Geschlecht zu thematisieren und darüber zu reden, welche Vorteile es haben könnte, eine Frau im Präsidentenamt zu sein, statt nur auf die Nachteile hinzuweisen und es als Hürde zu sehen, die zu überwinden ist. Sie brachte Gender in alle Bereiche ein wie kein anderer Kandidat oder keine andere Kandidatin vor ihr.

**FES:** Es gab viele Artikel, in denen eine ähnliche Meinung vertreten wurde. Denken Sie, dass 2020 mehr Frauen kandidieren werden?

**KELLY DITTMAR:** Der Gedanke, dass Frauen auf diese Führungsebene vordringen könnten, ist zweifellos normaler geworden. Und es gibt ganz sicher eine ganze Reihe von Frauen, die kandidieren könnten. Die Frage, die sich tatsächlich stellt, lautet: Werden sie kandidieren und wird die Partei sie unterstützen? Das Schwierige ist hier, dass das Vorankommen der Frauen auch eine Gegenbewegung verursacht. Wir kennen das von jeder feministischen Bewegung: Wenn Frauen in gewisse Sphären der Macht vordringen, gibt es immer Menschen, die sich dagegen wehren. Es ist nicht die Mehrheit der Bevölkerung, doch es ist eine Minderheit, die sich lautstark bemerkbar macht. Ein Teil der Trump-Wähler_innen gehört zu diesen Menschen, die massiv gegen den Aufstieg von Frauen und Farbigen kämpfen und insbesondere gegen die acht Amtsjahre eines schwarzen Präsidenten gekämpft haben.

**FES:** Mit den Frauen-Märschen haben diejenigen, gegen die sich diese Trump-Wähler_innen gestemmt haben, ihren Protest sichtbar auf die Straßen getragen. Wie wichtig war das Ihrer Meinung nach?

**KELLY DITTMAR:** Ich denke, es war sehr wichtig, dass es einen Moment der Solidarität gab, dass die Menschen aufgestanden sind und gesagt haben: „Diese Person wurde gewählt und der demokratische Prozess verdient Respekt. Das bedeutet aber nicht, dass wir sein Verhalten, seine Rhetorik oder seine politische Agenda gutheißen.“ Hier hat sich praktisch vom ersten Tag an gezeigt, dass Frauen aufmerksam und aktiv sein und sich engagieren werden. Es ist schön zu sehen, dass diese Energie auf vielfältige Weise erhalten geblieben ist. Das bedeutet nicht unbedingt, dass wir bei der nächsten Wahl viel mehr Frauen gewinnen sehen, denn unser System ist, wie es ist – doch zumindest werden wir sehen, dass Frauen sich politisch engagieren, und zwar in bis zu diesem Jahr wohl nie dagewesenem Maße.

**FES:** Also ist der Widerstand ziemlich lebendig.

*Der Widerstand geht weiter! Protestierende gegen die Beendigung des DACA-Programms. Die Regierung Trump und ihre Politik polarisieren und politisieren viele junge Menschen. Sehr viel mehr Frauen, als früher, wollen sich nun aktiv politisch beteiligen. Foto: Reuters*

**KELLY DITTMAR:** Genau. Als Trump verkündete, er werde DACA kippen, ein Programm zum Schutz junger illegaler Immigrant_innen vor Abschiebung, gab es im ganzen Land Proteste. Sie sind natürlich nicht so groß wie die Frauen-Märsche, aber es gibt sie. Die Menschen rufen ihre Kongressabgeordneten an und ich bin ganz sicher, dass sich das auf die Abstimmung über die Gesundheitsvorsorge ausgewirkt hat. Wir erleben, dass Frauen gezielt nach Programmen suchen und sich über Möglichkeiten informieren, wie sie sich politisch engagieren und sogar für Ämter kandidieren können. Und ich denke, auch in den sozialen Medien sehen wir immer wieder, wie Frauen sich organisieren und aktiv werden. Im Hinblick auf die Zukunft interessiert mich darüber hinaus, wie wir es schaffen können, das Engagement von Frauen parteiübergreifend zu sichern. Irgendwann müssen wir auch in den Dialog darüber treten, wie Frauen in der Republikanischen Partei vertreten sind und gefördert werden, da der Fortschritt für Frauen hier weniger deutlich war als bei den Demokraten.

**FES:** Es fällt schwer, immer auf dem Laufenden über alles zu sein, was die Trump-Administration betrifft. Wie schaffen Sie es, die wirklich wichtigen Dinge ständig im Blick zu behalten?

**KELLY DITTMAR:** Ich glaube, es fällt allen schwer, bei den vielen wichtigen Dingen, die andauernd gleichzeitig passieren, den Überblick zu behalten. Man kann die Gefühle nicht aus der Politik heraushalten, darum setzen wir alle uns für Dinge ein, die uns wichtig sind. Ich denke, wir müssen im Hinblick auf mehrere Dinge gleichzeitig aktiv bleiben. Wenn ich meine Energie darauf verwende, einen Kongressabgeordneten zur Rede zu stellen, weil er weibliche Abgeordnete als „Augenschmaus“ bezeichnet, dann lenkt das nicht von der Tatsache ab, dass ich immer noch besorgt bin wegen Puerto Rico oder über die Entwicklungen im Zusammenhang mit einer Steuerreform. Wenn wir sagen, der „Augenschmaus“-Kommentar sei angesichts eines möglicherweise drohenden Atomkriegs nicht so wichtig, und ihn einfach durchgehen lassen, erlauben wir den Menschen, so etwas als normal zu betrachten und zu denken, es sei in Ordnung, so etwas zu sagen. Aber es ist nicht in Ordnung und es ist viel mehr als nur ein kleiner Kommentar: Es sorgt dafür, dass Frauen in eine Position gedrängt werden, in der sie ihrem Gegenüber unterlegen sind.

Wir müssen bereit sein, nicht nur gegen die unmittelbar wichtig erscheinenden, schrecklichen Dinge anzukämpfen, sondern auch auf solche kleinen Dinge zu achten und sie anzuprangern. Es gibt so viele Menschen, deren Leben und Überleben durch das Vorgehen der Regierung beeinflusst werden, also haben sie gar keine andere Wahl, als sich zu engagieren. Für diejenigen von uns, die sich in einer privilegierten Position befinden, wird es Zeit zu erkennen, dass wir uns ebenfalls engagieren müssen – auch wenn wir uns dieser Verantwortung lieber nicht stellen würden, weil sie so groß erscheint. Sich nicht zu engagieren, ist ein Luxus, den sich nur wenige leisten können – und dem wir uns besser nicht hingeben.

AUTORIN: Lisa Ludwig
ÜBERSETZUNG AUS DEM AMERIKANISCHEN: Norbert Zänker
und Kolleg_innen

Professorin Kelly Dittmar war am 13. November 2017 Gast bei der FES-Veranstaltung “Nur keine falsche Bescheidenheit! Eine Zwischenbilanz zu fünf Jahren ‚Listen to me‘“ in Berlin. Ein kurzes Video-Statement zu den Genderaspekten der vergangenen Präsidentenwahl in den USA und der aktuellen politischen Situation finden Sie hier: http://www.ipg-journal.de/videos/artikel/trotz-trump-geht-es-fuer-frauen-voran-2473/

## RÜCKBLICK


67 Jenseits des Mainstreams denken!

73 Notstand in der Care-Branche: Ein „Frauenproblem"? Ein Gesellschaftsproblem!

79 Frauen als Expertinnen: Den Spieß mal umdrehen

83 Die vergessenen Arbeitsmigrantinnen Südostasiens

89 Frauen in der Politik: Rückschläge und neue Herausforderungen

95 Ein feministischer Blick auf das Thema Geburt

*Die Natur macht es vor: Ein Fluss, viele Seiten- und Nebenarme. Wenn es darum geht, Gerechtigkeit voran zu bringen, lohnt es sich, gerade letztere in den Blick zu nehmen. Foto: plainpicture*

# JENSEITS DES MAINSTREAMS DENKEN!

Im September 2015 verabschiedeten die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen einstimmig 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Auch die Gleichstellung der Geschlechter ist als eigenständiges Ziel gesetzt. Gleichzeitig unterstreicht das Dokument, dass alle Ziele eng miteinander verflochten sind.

Für die Umsetzung der Ziele, die bis 2030 erreicht werden soll, heißt das: Geschlechtergleichstellung hängt eng mit nachhaltigem Wirtschaftswachstum, mit Armutsbekämpfung und auch mit Klimaschutz zusammen. Die gängigen Mainstream-Ansätze in den Wirtschaftswissenschaften, die die meisten nationalen und auch die globale Entwicklungsagenda beherrschen, berücksichtigen diesen Zusammenhang kaum.

Seit der Verabschiedung der Agenda 2030 unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) den Umsetzungsprozess der SDGs auf globaler Ebene. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Anwendung feministischer, heterodoxer Politikansätze gelegt, da die gängigen Ansätze des Mainstreams bei der Lösung der globalen Probleme bisher klar versagt haben.

## Schuldenerlass: Voraussetzung für Entwicklung

So wurden in einer Veranstaltung der FES beim High-Level Political Forum der Vereinten Nationen in New York mehrere Vorschläge für eine gerechtere, gendersensible und partizipative Politik in den Feldern Klimawandel, Steuerpolitik, Freihandel und Landwirtschaft vorgestellt und diskutiert. Alicia Bárcena, Exekutivsekretärin der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC), unterstützte die Forderungen und wies bei dieser Gelegenheit auch auf die Bedeutung des Schuldenerlasses für viele Entwicklungsländer hin: Nur so könnten diese Länder überhaupt Politiken, die die bestehenden Geschlechterungerechtigkeiten überwinden helfen, auf den Weg bringen.

Seit sieben Jahren arbeitet die FES mit der International Association for Feminist Economics (IAFFE) zusammen. Deren Mitglieder aus Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sind in Sachen Geschlechtergerechtigkeit die Speerspitze der Forschung. In einem gemeinsamen Workshop am 19. Januar wurden die Schnittstellen und Potenziale einer Verbindung von ökologischen und feministischen Wirtschaftswissenschaften beleuchtet. Zudem wurden Beispiele für geschlechtergerechtes und zugleich nachhaltiges

*Alicia Bárcena, Exekutivsekretärin der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC). Foto: UN Photo*

Wirtschaften vorgestellt. Die Ergebnisse des Workshops werden im Frühjahr 2018 beim Onlineportal der Zeitschrift „Feminist Economics“ veröffentlicht.

Eine grundsätzliche Erkenntnis feministischer Analyseansätze ist die zentrale Bedeutung der Sorge-Wirtschaft (Care-Economy) in allen Gesellschaftsformen. Das heißt konkret: Es sind vor allem Frauen und Mädchen, die – oft ohne Entlohnung – den Großteil der gesellschaftlichen Tätigkeiten verrichten, die Voraussetzung für alle anderen wirtschaftlichen Aktivitäten sind. Ohne das Erfüllen dieser sogenannten reproduktiven Aufgaben würde die gesamte Wirtschaft stillstehen. Doch nicht alle sozialpolitischen Regelungen stärken die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen, wie eine Studie über innovative Care-Politiken der FES in Asien, Afrika und Lateinamerika gezeigt hat. Um Frauen mehr Selbstbestimmung, gleiche Teilhabe und Chancen zu ermöglichen, muss Politik bestehende Geschlechterrollen überwinden helfen.

## Deutschland darf gerne mehr tun

Wirtschaftliches Empowerment ist für Frauen ein zentraler Schritt auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit. Hierfür bedarf es aber einer Veränderung der bisherigen gesellschaftlichen Strukturen. Die Sorgetätigkeiten für Kinder, Kranke und Alte müssen zwischen

den Geschlechtern, aber auch zwischen Familie und Staat besser verteilt werden. Bei einer FES-Fachkonferenz gemeinsam mit dem Marie-Schlei-Verein am 4. Juli in Berlin standen Fragen der strukturellen Umverteilung von reproduktiver Arbeit im Mittelpunkt sowie der Zugang von Frauen zu Bildung, Berufstätigkeit und Besitz im internationalen Kontext. Dabei wurde auch die Rolle der G20 kritisch beleuchtet und der aus zivilgesellschaftlicher Perspektive nicht ausreichende Beitrag der deutschen Entwicklungspolitik diskutiert.

Mit Blick auf die aktuelle Situation hierzulande und die Frage, wie die nach Deutschland geflüchteten Menschen bestmöglich in dieser Gesellschaft ankommen können, betonte Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium: „Die Integration der Frauen ist nicht nur eine Frage der Gleichberechtigung, sondern zugleich der Schlüssel für die Integration der ganzen Familie." Der Zugang zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Frauen trägt damit zu ihrer individuellen Stärkung bei. Gleichzeitig erleichtert er aber auch der ganzen Familie die Integration in dem Land, das zu ihrer neuen Heimat werden soll.

AUTORINNEN: Mareen Brosinsky und Susan Javad, FES Berlin
MITARBEIT: Dr. Cäcilie Schildberg, FES Berlin

*Fachkräfte in der Care-Branche werden dringend gesucht. Es müssen aber die Rahmenbedingungen verbessert werden, damit sich mehr Menschen die Arbeit in diesen Berufen vorstellen können. Foto: plainpicture*

# NOTSTAND IN DER CARE-BRANCHE: EIN „FRAUENPROBLEM“? EIN GESELLSCHAFTS-PROBLEM!

Es herrscht Fachkräftemangel in Deutschland. Und das nicht nur in den technischen Berufen und im Handwerk. Kommunen suchen händeringend nach qualifiziertem Personal für ihre Kindertagesstätten und bundesweit spricht man mittlerweile vom Pflegenotstand. Was kann getan werden, um mehr Menschen zu ermutigen, in die sogenannte Care-Branche zu gehen?

270.000 Stellen im Pflege- und Gesundheitsbereich könnten im Jahr 2035 nach Schätzungen des Bundesinstituts für Berufsbildung unbesetzt bleiben. In den Kindertagesstätten fehlen derzeit bundesweit bereits 107.000 Erzieher_innen, um eine qualitativ hochwertige Betreuung anbieten zu können, so eine Studie aus diesem Jahr.

Die Gründe für diese Entwicklung sind längst analysiert: Zum einen treiben die demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen den Trend an – rund drei Millionen Senior_innen benötigen inzwischen pflegerische Unterstützung. Zum anderen werden laut Statistischem Bundesamt mittlerweile rund 700 000 Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen betreut. Auch die Betreuung im Schulbereich am Nachmittag soll nun – endlich – vorangetrieben werden. So jedenfalls haben es im Bundestagswahlkampf 2017 fast alle Parteien in Aussicht gestellt.

## Aufwertung und bessere Bezahlung!

Dem steigenden Bedarf stehen allerdings viel zu wenig Interessent_innen für eine Ausbildung in diesen Branchen gegenüber. Der vierte Equal Society Brief[1] der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) von April bringt die Gründe und den politischen Handlungsbedarf auf den Punkt: „Um in Zukunft die Attraktivität der sozialen Dienstleistungsberufe zu gewährleisten und Fachkräfte zu gewinnen, braucht es gute Arbeitsbedingungen und damit auch höhere Personalschlüssel. Soll diese Herausforderung gemeistert werden, führt letztlich allerdings kein Weg daran vorbei, die Berufe durch eine bessere Bezahlung insgesamt attraktiver zu machen."

[1] http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13351.pdf

*Fürsorglichkeit, Wärme und Zuwendung: Diese Eigenschaften stecken alle im englischen Wort „care". Foto: plainpicture*

Dabei lohnt natürlich auch ein genauerer Blick, denn nicht alle Tätigkeiten der sozialen Dienstleistungen werden gleich schlecht bezahlt. Lena Hipp und Nadiya Kelle vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) zeigen in einer ländervergleichenden FES-Studie, dass in Deutschland vor allem die Hilfstätigkeiten vergleichsweise schlecht entlohnt werden. Insgesamt zeigt die Studie als einen wesentlichen Grund der schlechten Entlohnung, dass Tätigkeiten im Bereich der sozialen Dienstleistungen historisch als „typische Frauenberufe" gelten.

## Trügerische Bilder

Wie schlagen sich „typische Frauenberufe" in Bildern nieder und wie haben sie sich historisch entwickelt? Dieser Frage ging im Juli die Ausstellung „Die Frau in Weiß" des Archivs der sozialen Demokratie der FES nach. Bei der Betrachtung des historischen Bildmaterials zeigt sich: Krankenschwestern wurden meist idealisiert als mütterlich und umsorgend dargestellt. Und da die familiäre Sorgearbeit, die traditionell vor allem Mütter bzw. Frauen erbringen, nicht entlohnt wird, schlägt sich dies auch in den Sorgeberufen außerhalb der häuslichen Sphäre nieder. Diese waren und sind als typische Zuverdienstberufe angelegt. Stillschweigend wird davon ausgegangen, dass ein weiteres, deutlich höheres Einkommen im Haushalt vorhanden ist. Denn um eine Familie zu versorgen und

eine eigenständige soziale Absicherung zu leisten – dafür ist ein solches Gehalt zu knapp bemessen.

Dass eine geschlechtergerechte Gesellschaft und ökonomische Unabhängigkeit für Frauen ohne eine qualitative und gut ausgebaute soziale Infrastruktur nicht erreicht werden können, ist mittlerweile allen klar.

Die FES hat daher in diesem Jahr anlässlich des Internationalen Frauentages den Fokus auf die globale Care-Krise gerichtet: Sowohl in Berlin, Ravensburg und Ingolstadt als auch in Brüssel, Sarajevo/Bosnien und Herzegowina sowie in Yaoundé/Kamerun wurde das Thema in öffentlichen Veranstaltungen mit Expert_innen und Aktivist_innen mit unterschiedlichen Schwerpunkten verhandelt. Interviews und Kurzanalysen gaben Einblicke in die gesellschaftlichen Realitäten in Indien, Bangladesch, Mozambique sowie Latein- und Zentralamerika. Obwohl die Probleme teils sehr unterschiedlich sind, wurde deutlich: Der gesellschaftliche Wert der Sorgearbeit wird nach wie vor weltweit unterschätzt! Wollen wir mehr Geschlechtergerechtigkeit erreichen, müssen wir dieses Problem immer im Blick behalten.

Gegen Ende des Bundestagswahlkampfs wurden die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung in den sozialen Dienstleistungsberufen dann doch noch einmal zum breit diskutierten Thema: Alle Parteien, die potenziell koalieren könnten, haben hier Verbesserungen versprochen. Ob diese auch tatsächlich kommen, bleibt aber fraglich. Denn: Ohne Investitionen und eine bessere Bezahlung für die Menschen, die in diesen Berufen arbeiten, geht es nicht. Ein Beharren auf der „schwarzen Null" ist dabei wenig hilfreich.

AUTORIN: Susan Javad, FES
MITARBEIT: Jonathan Menge, FES Berlin
Gabriele Lutterbeck, Archiv der sozialen Demokratie, FES Bonn

*Vier Experten und seit einigen Jahren nun auch eine Expertin. Da ist noch Luft nach oben. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Foto: picture-alliance*

# FRAUEN ALS EXPERTINNEN: DEN SPIESS MAL UMDREHEN

Veranstaltungen zum Thema Wirtschaft zeichnen sich – vom konkreten Inhalt abgesehen – dadurch aus, dass sie oft einen eindeutigen Männerüberhang haben. Auf die Frage, warum denn keine oder nur so wenig Frauen in die Programmgestaltung einbezogen wurden, hört man dann nicht selten: Ausflüchte.

Viele Forschungsarbeiten belegen mittlerweile, dass die mangelnde Repräsentanz von Frauen in diversen Bereichen der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes auch mit dem Fehlen von Vorbildern zu tun hat. Kommen Frauen in gewissen Kontexten nicht vor, verringert das auch die Chancen, dass sich dies in Zukunft ändert.

Dieser Gedanke motivierte das Londoner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), eine wirtschaftspolitische Konferenz zu veranstalten, deren Programm überwiegend mit Frauen besetzt wurde. Gemeinsam organisiert mit dem Fabian Women's Network – Teil der Fabian Society, einem progressiven britischen Thinktank –, tauschten sich rund 100 Teilnehmer_innen am 4. April zu der Frage aus: Wie sind weitgehend unentgeltlich erbrachte Pflege- und Erziehungsarbeit sowie persönliches Wohlbefinden für ein neues Verständnis von Wachstum und Fortschritt zu berücksichtigen?

Die Ergebnisse dieser inhaltlich spannenden und in der Besetzung für manche Teilnehmer_innen zunächst irritierenden Veranstaltung wurden in einer Essay-Sammlung veröffentlicht. Sie geben einen guten Einblick in die Herausforderungen, denen sich die britische Gesellschaft heute gegenübersieht.

## Die Expertinnen sind längst da

Dafür Sorge zu tragen, dass in Veranstaltungsprogrammen relativ ausgewogen Expertinnen wie auch Experten vertreten sind, sollte inzwischen eigentlich selbstverständlich sein. Die früher oft vorgebrachte „Rechtfertigung", es gebe einfach keine Expertinnen für gewisse Themen, ist heute zum Glück nicht mehr haltbar.

Selbst in der Tech-Branche, einem sicher noch immer männlich geprägten Teil des Arbeitsmarktes, gibt es mittlerweile sehr kundige Expertinnen. Mit Isabelle Sonnenfeld, Leiterin des Google News Lab Deutschland, hatte der Managerkreis Berlin-Brandenburg der FES im Februar eine dieser Frauen beim Wirtschaftsfrühstück zu Gast. Sie diskutierte mit den Teilnehmenden darüber, welches Rüstzeug es brauche, um Qualitätsjournalismus im digitalen Zeitalter zu gewährleisten.

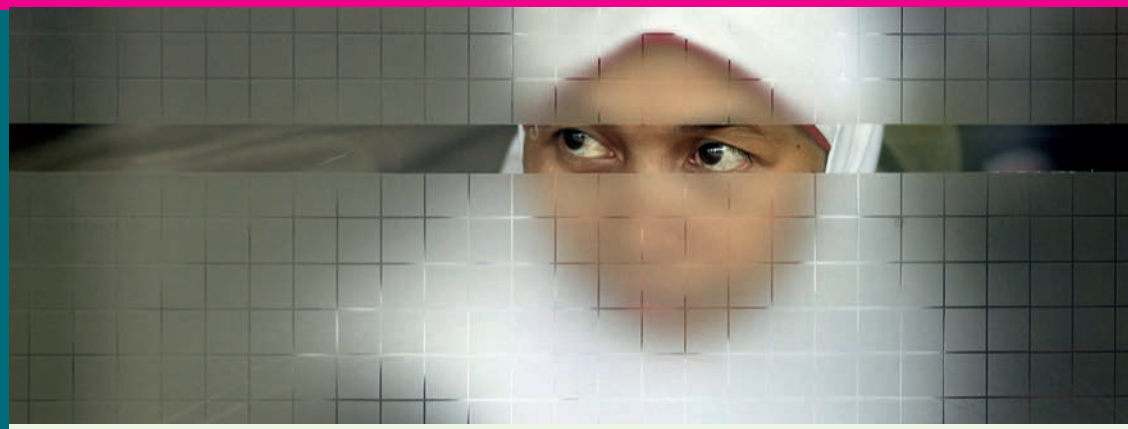
*Isabelle Sonnenfeld ist seit 2015 Leiterin des Google News Lab Deutschland.*
*Foto: picture-alliance*

## Zuschreibungen verflüssigen

In anderen Regionalkreisen des Managerkreises hatten die Teilnehmerinnen Gelegenheit, sich mit Sabine Grone-Weber, Arbeitsdirektorin der Stuttgarter Straßenbahnen AG, zur Mobilität in Ballungsräumen auszutauschen sowie mit Christina Kampmann, damals noch Ministerin in Nordrhein-Westfalen (NRW), zum Thema „Frauen in Führungspositionen".

Dasselbe Thema mit Fokus auf den öffentlichen Dienst vertiefte Elisabeth Wilfart, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Düsseldorf, mit den Mitgliedern des Managerkreises NRW. Sie machte deutlich, dass das Schließen des Gendergaps im Hinblick auf Führungsverantwortung nicht nur einen Struktur-, sondern auch einen Kulturwandel erfordere. Dieser brauche Zeit, selbstverständlich. Er benötige aber auch Vorbilder: Männer wie Frauen, die durch ihr Verhalten dazu beitragen, Zuschreibungen der Geschlechterordnung zu verflüssigen und aufzuweichen.

AUTORIN: Mareen Brosinsky, Susan Javad, FES Berlin
MITARBEIT: FES London und Martin Röw, FES Berlin



*Eine indonesische Wanderarbeiterin wartet am Flughafen auf die Bearbeitung ihrer Dokumente.*
*Foto: Reuters*

# DIE VERGESSENEN ARBEITS-MIGRANTINNEN SÜDOSTASIENS

Die Vereinigung südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) feierte 2017 ihren 50. Geburtstag. Sie umfasst mit Singapur eines der reichsten und mit Myanmar gleichzeitig eines der ärmsten Länder der Welt. Seit 2015 haben die zehn Länder des Bündnisses einen gemeinsamen Binnenmarkt. Der bietet neue Chancen, verstärkt aber auch manche Ungleichheit. Gerade für Frauen.

„Durch die Gleichstellung und Teilhabe von Frauen kann ASEAN das Gesamtwachstum in der Region vorantreiben. Dies ist nicht nur richtig – es ist auch wirtschaftlich sinnvoll", sagt Miwa Kato, Regionaldirektorin UN Women Asien und Pazifik.

Der high-level ASEAN Policy-Dialog, der am 7. Juli 2017 in Jakarta stattfand, wurde vom indonesischen Ministerium für Manpower veranstaltet und von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), UN Women und dem ASEAN-Sekretariat organisiert. Hochrangige Beamt_innen der ASEAN-Mitgliedstaaten, zuständig für die Bereiche Arbeit, Wirtschaft, Handel und Frauenförderung, nahmen an der Veranstaltung teil.

Die Gründung der ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft (AEC) im Dezember 2015, die die Integration der Arbeitsmärkte in der Region und die damit verbundene Schaffung neuer Arbeitsplätze beinhaltet, führte zu einer Zunahme der Arbeitsmigrant_innen auf knapp 6,9 Millionen, von denen fast die Hälfte Frauen sind.

Die steigende Zahl von Frauen unter den Arbeitsmigrant_innen ist ein konstanter Trend in der ASEAN-Region und hebt die Bedeutung der wirtschaftlichen Rolle der Frau hervor. Dies wirft jedoch Fragen zu geschlechtsspezifischen Ungleichheiten bezüglich der Arbeitsplatzqualität auf. Frauen leiden besonders unter schlechten Arbeitsbedingungen und werden häufig für sogenannte 3-D-Jobs eingestellt: dirty/schmutzig, dangerous/gefährlich und demanding/arbeitsintensiv.

Anders als die qualifizierten Arbeitsmigrant_innen, die vom Freizügigkeitsrecht in der ASEAN-Region profitieren, ist der Niedriglohnsektor kaum geregelt, was teilweise auf die hohe Zahl der undokumentierten Arbeitnehmer_innen zurückzuführen ist. Dies führt sowohl zu einer verstärkten Lohndiskriminierung von Arbeitsmigrant_innen als auch zu Sozialdumping, einer höheren Arbeitsunsicherheit und einem Mangel an sozialer

*Eine Wanderarbeiterin aus Myanmar bereitet sich in ihrer Unterkunft außerhalb der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur etwas zu essen zu. Foto: Reuters*

Sicherheit. Um diese Probleme lösen zu können, müssen Herkunfts- und Zielländer einen Rechtsrahmen auf nationaler und regionaler Ebene vereinbaren.

Die von der FES und UN Women in Auftrag gegebene Studie "Women Migrant Workers in the ASEAN Economic Community" diente als Diskussionsgrundlage des Dialogs. Ein Lösungsansatz sieht vor, Arbeitsmigrantinnen als Akteurinnen für Entwicklung zu sehen. Um das maximale Potenzial und die wirtschaftlichen Vorteile der ASEAN-Integration zu nutzen, müssen die Kompetenzentwicklung von Frauen wie auch ihre Arbeitsmobilität verbessert werden – bisher sind Frauen vor allem in weniger qualifizierten Berufen mit schlechten Einkommens- und Arbeitsbedingungen überrepräsentiert.

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung wurde während des ASEAN Gipfeltreffens auf den Philippinen im November 2017 getan. Nach einem Jahrzehnt erzielte ASEAN endlich Fortschritte bei der Gewährleistung des Schutzes von Wanderarbeitnehmern durch die Unterzeichnung des „ASEAN-Konsenses zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Wanderarbeit_innen". Dieser umfasst u. a. ein Besuchsrecht für Familienangehörige, das Verbot der Einbehaltung der Reisepässe sowie Schutz vor Gewalt und finanzieller Ausbeutung.

Allerdings spaltete die Frage der Rechtsverbindlichkeit des Dokuments die ASEAN-Länder während der Verhandlungsphase: Die Philippinen und Indonesien, beide Entsendeländer, wollten einen möglichst rechtsverbindlichen Rahmen. Singapur und Malaysia, die im hohen Maße Wanderarbeiter_innen anziehen, wollten nicht mehr als eine Richtlinie.

Tatsächlich wäre ein rechtsverbindliches ASEAN-Instrument zum Schutz von Wanderarbeiter_innen ein unverzichtbares Instrument dafür, dass die Chancen des gemeinsamen Binnenmarkts auch tatsächlich den Arbeitnehmer_innen zugutekommen. Das nun verabschiedete Dokument ist daher auch nicht mehr als ein Etappenziel und muss in Zukunft weiterentwickelt werden.

Im nächsten Schritt wird nun nach der Unterzeichnung des ASEAN-Konsenses vom „ASEAN-Ausschuss für Wanderarbeitnehmer_innen" ein Aktionsplan ausgearbeitet. Man kann nur hoffen, dass die Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsplans kein weiteres Jahrzehnt in Anspruch nimmt.

AUTORIN: Natalia Figge, FES Singapur

*Eine Hoffnungsträgerin unter vielen: Die Demokratin Danica Roem gewann im November einen Sitz im US-Abgeordnetenhaus für den Bundesstaat Virginia. Sie ist die erste bekennende Transfrau im Parlament. Foto: Reuters*

# FRAUEN IN DER POLITIK: RÜCKSCHLÄGE UND NEUE HERAUS-FORDERUNGEN

Es sind spannende, mitunter erschreckende Zeiten für politisch engagierte Frauen und alle, die sich einer demokratischen, vielfältigen und offenen Gesellschaft verschrieben haben. Vor einem Jahr verlor Hillary Clinton die Wahl in das international noch immer wichtigste Amt der Welt an der politischen Spitze der USA. Gewonnen hat bekanntlich Donald Trump, ein Populist und Sexist mit rassistischen Einschlägen. Und in Deutschland? Auch hier gibt es gute Gründe, sich zu sorgen – und vor allem: sich zu engagieren!

Die Nominierung Hillary Clintons zur Präsidentschaftskandidatin der Demokraten in den USA 2016 wurde vielfach als historischer Moment beschrieben. Aufgrund der Tatsache, dass damit zum ersten Mal eine Kandidatin realistische Chancen auf das höchste Amt hatte, scheint diese Bezeichnung angemessen. Und dennoch: Es gab auch Kritik und Skepsis, gerade unter Feminist_innen, in Bezug auf Clintons Kandidatur.

In der „Spotlights Elections"-Reihe, mit der das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Washington den Wahlkampf begleitete, brachte Julia Sharpe-Levine[1], unter anderem stellvertretende Direktorin des African American Policy Forums, die Kritik auf den Punkt: „Angesichts ihres bisherigen Wahlverhaltens bin ich nicht davon überzeugt, dass sich die Lebensbedingungen der meisten Frauen unter der Präsidentschaft Clintons verbessern werden. Insbesondere derer, die mehrfach durch Rassismus, Klassismus, Heteronormativität und Fremdenangst benachteiligt werden."

In ihrem Meinungsartikel lässt Sharpe-Levine keinen Zweifel daran, dass die Wahl Clintons für sie nur das kleinere Übel ist, dies aber in jedem Fall gewagt werden muss. Denn die Alternative lautet Donald Trump. Dass er und seine politischen Partner gerade auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Inter- und Transpersonen gefährlich sind, macht Dorian Kantor[2] in einem weiteren Artikel der Serie klar.

[1] http://www.fesdc.org/news-list/e/spotlight-elections-hillary-clinton-a-feminist-critique/

[2] http://www.fesdc.org/news-list/e/spotlight-elections-the-lgbtq-case-against-donald-trump/

*Bei der FES-Veranstaltung „Nur keine falsche Bescheidenheit": Bundesministerin Katarina Barley (2. v.r.) im Gespräch mit Jessica Grounds (3. v. r.) und Kelly Dittmar (2. v. l.). Links und rechts außen: die Moderatorinnen Julia Lemmle und Deborah Ruggieri.*
*Foto: Maren Strehlau*

## Die meisten Stimmen und doch verloren

Am Ende gewann Hillary Clinton die meisten Stimmen in den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, verlor die Wahlen aber aufgrund der Besonderheiten des Wahlsystems dennoch. Seitdem leben die Menschen in den USA, aber auch der Welt, mit einem Präsidenten Trump. Was das bedeutet, wissen wir mittlerweile.

Trumps persönliche Historie in Sachen Rassismus und Sexismus – gut nachzuvollziehen auf seinem Twitter-Account – ist düster. Auf den ersten Schock nach den Wahlen Ende 2016 folgte mit dem Women's March ein Ereignis, das endlich wieder etwas Aufbruchstimmung und Hoffnung verbreitete. Tabita St. Bernard, Mitorganisatorin und Koordinatorin für Jugend und Familie des Women's March nach Washington, fasst ihre Motivation, sich zu engagieren, in ihrem Meinungsartikel[3] für die FES Washington zusammen. Ihre Entscheidung fiel am Tag nach der Wahl: „Das war der Tag, an dem ich beschloss, die Zuschauertribüne zu verlassen und etwas für unser politisches Klima zu machen", schreibt sie.

[3] http://www.fesdc.org/news-list/e/spotlight-elections-hillary-clinton-a-feminist-critique/

Am 21. Januar gingen letztlich Hunderttausende in den USA, aber auch in anderen Ländern weltweit, auf die Straße, um für eine offene, diverse und gleichberechtigte Gesellschaft Gesicht zu zeigen. Der Women's March war das größte frauenpolitische Ereignis der letzten Jahrzehnte und machte vielen, die die Frauenbewegung bereits am Ende gesehen hatten, wieder Mut.

## Es geht weiter!

Auch wenn dieses Ereignis schon wieder fast ein Jahr her ist: Die Energie und Mobilisationskraft, die sich hier gezeigt hat, ist nicht verpufft. Im Oktober 2017 trafen sich rund 5 000 Frauen in Detroit zur Women's Convention und diskutierten intensiv über gemeinsame Ziele, aber auch über Trennendes in den unterschiedlichen Strömungen der Bewegung. Die feministische Zivilgesellschaft lebt!

Auch politisch gibt es erste hoffnungsvolle Zeichen: So ging die demokratische Partei aus den Wahlen im November in Virginia, New Jersey, New York und zuletzt auch im Dezember in Alabama gestärkt hervor. Und: Diesmal kamen besonders viele Kandidatinnen, auch Women of Color, zum Zug und setzten sich gegen republikanische Mitbewerber_innen durch. Mit Danica Roem gewann in Virginia eine bis dahin weitgehend unbekannte Transfrau gegen den weitaus etablierteren republikanischen Kandidaten.

Bei der FES-Veranstaltung „Keine falsche Bescheidenheit – Eine Zwischenbilanz zu fünf Jahren ‚Listen to me!'" am 13. November äußerte sich Jessica Grounds, seit vielen Jahren engagiert, Frauen in die Politik und in politische Verantwortung zu bringen, optimistisch: „Selten haben so viele Frauen in den USA darüber nachgedacht, politisch aktiv zu werden."

Mit der Rhetorik-Seminarreihe „Listen to me!" leistet das Forum Politik und Gesellschaft der FES in Berlin hier seit fünf Jahren Pionierarbeit. Rund 700 Frauen haben mittlerweile an den Seminaren teilgenommen und sich rhetorisch für den öffentlichen Auftritt fit gemacht. Viele dieser Frauen sind ehrenamtlich engagiert, manche auch konkret politisch.

Nun liegt es ebenfalls in der Verantwortung der Parteien, dafür Sorge zu tragen, dass diese Frauen sich tatsächlich einbringen und politisch aufsteigen können. Eine Herausforderung, vor der sich auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sieht – das unterstrich Bundesministerin Katarina Barley bei derselben Veranstaltung. In den USA wie in Deutschland heißt das konkret: Es braucht vielerorts einen Kulturwandel, eine ehrliche Analyse, was Frauen – in ihrer Vielfalt – politisch wollen. Und vor allem braucht es: mehr Frauen als Gestalterinnen in der Politik.

AUTORIN: Susan Javad, FES Berlin
MITARBEIT: Sebastian Ehreiser, FES Washington

*Feminismus und Geburt – wie passt das zusammen? Foto: plainpicture*

# EIN FEMINISTISCHER BLICK AUF DAS THEMA GEBURT

Der Feminismus hat kein ganz unproblematisches Verhältnis zur Rolle der Mutter. Diese wird meist im Konflikt mit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und Individualität der Frau gesehen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass das Thema „Geburt" in der feministischen Debatte ein Schattendasein fristet. Das Regionalprojekt „Geschlechtergerechtigkeit in Ostmitteleuropa" der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) rückte es bei einer Veranstaltung im März ins Zentrum der Diskussion.

Erst seit den 1960er Jahren gehört die Geburt im Krankenhaus zum Leistungskatalog der Krankenkassen in Deutschland. Zuvor fanden die meisten Geburten im häuslichen Umfeld statt, begleitet von einer Hebamme.

Der Trend zur Klinikgeburt hat sich im selben Zeitraum auch in den Ländern Ostmitteleuropas entwickelt. Dort ging er ebenfalls einher mit immer mehr Geburten per Kaiserschnitt sowie einer zunehmenden Medikalisierung und Technisierung des Geburtsvorgangs. Eine Konsequenz dieser Entwicklung war, dass sich der Fokus der Aufmerksamkeit verschoben hat: Stand zuvor die werdende Mutter im Mittelpunkt, die es zu unterstützen und zu stärken galt, ging das Augenmerk nun auf die Vermeidung von Risiken.

„Wem sollten wir Geburten anvertrauen?", lautete eine Veranstaltung, die die FES gemeinsam mit der ungarischen „Frauenorganisation für Geburtsrechte" in Budapest durchführte. Zu Wort kamen Expert_innen aus Polen, der Tschechischen und der Slowakischen Republik sowie aus Ungarn. Sie alle beschrieben eine ähnliche Situation: Viele Frauen erleben Geburten in den bestehenden Krankenhausstrukturen als negativ bis traumatisch. Ärzt_innen wiederum sehen den Geburtsvorgang nicht als normalen körperlichen Vorgang, sondern als Notfallsituation, in der es gilt, Risiken zu minimieren – auch, um eventuelle gerichtliche Klagen zu vermeiden.

## Die Mütter ins Zentrum rücken

Zwar gibt es etwa in der Slowakischen Republik „babyfreundliche" Krankenhäuser, in denen auch das Thema „Geburt" anders angegangen und dem Wohlbefinden sowie der Autonomie der Mütter mehr Rechnung getragen werden soll. Untersuchungen zeigten jedoch – so eine Vertreterin einer slowakischen NGO –, dass dieses Ziel im Klinikalltag nur unzureichend umgesetzt würde.

*Ein Vertrauensverhältnis zu einer Hebamme und ihre Begleitung durch Schwangerschaft und Geburt wird von vielen Frauen als besonders wertvoll erachtet Foto: plainpicture*

Aus feministischer Perspektive sei es wünschenswert, insbesondere die Rolle der Hebammen zu stärken. In der persönlichen Beziehung zwischen Hebamme und (werdender) Mutter können die Autonomie und die Bedürfnisse der Frau am besten berücksichtigt werden. Der Aufbau von hebammengeleiteten Geburtshäusern und die Einbindung von Hebammen in die Klinikgeburt müssten daher vorangetrieben werden. Gerade auch deshalb, weil Hausgeburten beispielsweise in der Tschechischen Republik verboten sind.

Dass diese sicher richtige Forderung nicht der Schluss der Debatte sein kann, zeigt ein Blick nach Deutschland. Hier mehren sich die Klagen über eine nicht ausreichend vorhandene Betreuung durch Hebammen – sowohl in den Kliniken als auch in der häuslichen Nachsorge.

Ein feministischer Blick auf das Thema „Geburt" heißt daher auch anzuerkennen: Es braucht mehr personelle Kapazitäten in der Geburtshilfe – und das bedeutet unter Umständen auch mehr Geld.

AUTORIN: Susan Javad, FES Berlin
MITARBEIT: Eszter Kováts, FES Budapest

## PUBLIKATIONEN

100 Aktuelle Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Hier stellen wir Ihnen aktuelle Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung vor, die auf Deutsch oder Englisch vorliegen:**

### Das Märchen von der Gender-Verschwörung

Progressive Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung werden in den letzten Jahren verstärkt von Rechtpopulist_innen, fundamentalistisch christlichen und anderen erz-konservativen Akteuren angegriffen. „Gender" bildet dabei das zentrale Kofferwort in ihrer Rhetorik und das „Gender-Bashing" wird auch zunehmend anschlussfähig in der gesellschaftlichen Mitte. Unterstellt wird, dass mit Hilfe der angeblichen „Gender-Ideologie" die natürlichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern aufgehoben werden sollen, woraus wiederum eine Gefahr für traditionelle Familienformen konstruiert wird. Eine reichlich absurde Position. Die vorliegende Publikation widmet sich häufig formulierten Unterstellungen und zeigt auf, warum das Märchen von der großen Gender-Verschwörung eben das ist: ein Märchen.

*Zum Weiterlesen:* Dorothee Beck und Barbara Stiegler: Das Märchen von der Gender-Verschwörung. Argumente für eine geschlechtergerechte und vielfältige Gesellschaft (2017): http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13544.pdf

### Trade unions in transformation. Building trade union power with gender equality: the case of the Unified Workers' Central of Brazil

Geschlechtergerechtigkeit ist für die brasilianische Gewerkschaft CUT offizielle Politik, gelebte Realität und identitätsstiftend. Über viele Jahre haben Gewerkschafter_innen und Feministinnen daran gearbeitet, Gleichberechtigung derart zu verankern, dass die Gewerkschaftsbewegung fester in der brasilianischen Gesellschaft verwurzelt ist. Und auch der derzeitige reaktionäre Gegenwind daran nichts ändern wird.

*Zum Weiterlesen:* Didice Godinho Delgado: Trade unions in transformation. Building trade union power with gender equality: the case of the Unified Workers' Central of Brazil (2017): http://library.fes.de/pdf-files/iez/13794.pdf



### The Women's Movement in Bangladesh

Since its independence, Bangladesh has made significant gains in empowering women. The country has formulated and implemented policies and programmes that improve the condition of women and girls. Maternal mortality and fertility rates have gone down, making Bangladesh attain gender parity in enrolment.
The women's movement in Bangladesh played a critical role in bringing about these changes. However, the movement has also faced many different challenges given the rapidly changing economic and political contexts at the national and global levels. For socially just and gender equal responses to these challenges, solidarity and coalitions among the various school of thoughts in Bangladesh are essential. Hence, the study is an attempt to trace the history of women's movements in Bangladesh and to discuss its achievements and internal and external challenges for a sustainable movement. The author weaves in broader historical changes and discusses the nature of the current political context.
This study is part of a series published under Political Feminism in Asia, a regional project coordinated by the FES Office for Regional Cooperation in Asia.

*Zum Weiterlesen:* Sohela Nazneen: The Women's Movement in Bangladesh (2017): http://www.fes-asia.org/news/the-womens-movement-in-bangladesh/

### Feminism in Africa: Trends and Prospects. Report of the International Workshop on Political Feminism in Africa

Despite the advancement of women`s rights witnessed in the past few decades, we are currently experiencing a regional and international context in which not only are women's human rights disputed, but the historical achievements of the women's movement are being undermined. The fragility of democratic institutions, a conservative backlash and an economic crisis exacerbate the precarious situation of women in Africa and worldwide and weaken the opportunities of feminist movements for self-expression in their struggle for human rights. Against this background, the Friedrich-Ebert-Stiftung, the World March of Women and the Mozambican Women's Forum (Forúm Mulher) organised in October 2016 an encounter that brought together activists, academics and representatives of feminist

organisations across the continent in order to jointly analyse these new contexts, discuss the trends and coordinate the creation and/or strengthening of regional action platforms for joint actions. This document is intended to present the main findings of the debate.

*Zum Weiterlesen:* Feminism in Africa: Trends and Prospects (2017): http://library.fes.de/pdf-files/bueros/mosambik/13795.pdf

### Feminism in China: An Analysis of Advocates, Debates and Strategies

This study takes a look at feminism in China over the last century and reveals that feminist movements and arguments at most times have been linked to the nation's development. Independent and mass feminist movements like those in the West never developed in China. By taking a look at the realities of women and women images in contemporary China, the study shows that feminism in the People's Republic of China has still plenty of room for development. Alongside studies from India and Pakistan, this is third in a series on the past and present of feminist movements and current trends in feminist debates under the regional project on Political Feminism in Asia. The regional project is coordinated by FES Singapore and implemented in cooperation with the FES offices in Bangladesh, China (Shanghai), India, Indonesia, Pakistan, the Philippines and Thailand.

*Zum Weiterlesen:* Shen Yifei: Feminism in China: An Analysis of Advocates, Debates and Strategies (2017): http://library.fes.de/pdf-files/bueros/china/12947.pdf

### Political Feminism in India: An Analysis of Actors, Debates and Strategies

Oriental feminism taking a stand on women's choice to wear a veil, Western feminism viewed as condescending, or neoliberal feminism which emphasizes representation and wages rather than work conditions – to name but a few – bring out such strong reactions and positions that they often overlook what feminists really want. In India too, the feminist space though distinctive, builds upon a diversity of women's groups, political party networks, feminist and HIV/AIDS-related NGOs, non-funded feminist and queer groups and individuals, democratic rights groups, eco-feminists, non-feminists, research institutes and universities. Despite the broad experience, this space remains rather disunited. How then, with this background, do we build a society that keeps up to the promise of a better life for all? How do we connect in the struggle as people regardless of sexual orientation, gender identity and expression in paving ways to achieving social justice? Commissioned with these questions in mind, the present study analyzes the current feminist actors, organizations and debates around gender equality and feminist perspectives in order to provide an overview of feminist ideas and actors in the country. It shows that Feminism today is the constant questioning of the world we perceive and the boundaries we encounter. The more we understand, the closer we get to building a narrative for change. There are innumerable new energies arising from different positions transforming the feminist field: new contestations of patriarchy and new contestations of the normative feminism itself. It will be the interplay of fields that might change the system altogether.

*Zum Weiterlesen:* Dr Vibhuti Patel, Radhika Khajuria: Political Feminism in India: An Analysis of Actors, Debates and Strategies (2017): http://library.fes.de/pdf-files/bueros/indien/12706.pdf

### Women Migrant Workers in the ASEAN Economic Community

The overall aim of this study is to shed new light on intra-ASEAN migrant women's labour mobility trends, access to and outcomes in labour markets, the contribution to ASEAN economies and high-growth sectors, and the challenges of social and economic inclusion. The report also reviews the current migrant governance frameworks at national and regional level, providing actionable evidence-based policy recommendations to benefit from women's labour mobility, provide fair and equitable migration opportunities for women, and enhance regional social and economic development.

*Zum Weiterlesen:* ASEAN Secretariat, Ministry of Manpower (Republic of Indonesia), Friedrich-Ebert-Stiftung, UN Women: Women Migrant Workers in the ASEAN Economic Community (2017): http://library.fes.de/pdf-files/bueros/singapur/13585.pdf

### Political feminism and the women's movement in Thailand

In recent years, challenges caused by social and political unrest and conflicts over natural resources and the environment have had an impact on the lives and livelihoods of Thai women. These challenges have disproportionately affected women and created new forms of pressure and difficulties in achieving gender equality, especially for those women who do not have decision-making power or access to resources and political policy-making. To rise and meet these challenges, women and women's organizations need to take concerted actions to protect their rights.

*Zum Weiterlesen:* Duanghathai Buranajaroenkij: Political feminism and the women's movement in Thailand (2017): http://library.fes.de/pdf-files/bueros/thailand/13363.pdf

### Öffentliche Gelder wirkungsvoll, gerecht und transparent verteilen … mit Gender Budgeting!

Der öffentliche Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Auch bei der Verteilung staatlicher Gelder kann es zu Diskriminierungen von Frauen und Männern kommen. Mit der Strategie des Gender Budgeting kann dem begegnet werden. Die finanziellen Ressourcen einer Gesellschaft werden so gerecht und wirkungsvoll zwischen Frauen und Männern verteilt, die Gleichstellung der Geschlechter kommt voran. Es ist an der Zeit, dass die Bundesrepublik Gender Budgeting für den Bundeshaushalt nutzt.

*Zum Weiterlesen:* Mara Kuhl : Öffentliche Gelder wirkungsvoll, gerecht und transparent verteilen … mit Gender Budgeting! (2017): http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13571.pdf



### Zukunftsbranche soziale Dienstleistungen – höchste Zeit für die Aufwertung!

Die Sorgearbeit steckt in einer Krise, die sowohl eine zeitpolitische Antwort erfordert als auch den Ausbau einer qualitativ guten sozialen Infrastruktur. Gute professionelle Sorgearbeit braucht gute Arbeitsbedingungen und eine Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen. Hierfür bedarf es einer Aufwertung der personenbezogenen sozialen Dienstleistungen, sowohl gesellschaftlich als auch monetär. Es wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und dafür, dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Doch wie kann eine Aufwertung gelingen? Welche Maßnahmen sind erforderlich?

*Zum Weiterlesen:* Jonathan Menge, Christina Schildmann, Severin Schmidt: Zukunftsbranche soziale Dienstleistungen – höchste Zeit für die Aufwertung! (2017): http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13351.pdf

### Gute Gründe für gute Kitas! Wer nutzt welche Qualität von Kindertageseinrichtungen und was bedeutet sie für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit?

Der wichtigste Grund für gute Kitas besteht zweifellos in der Bedeutung für das Kindeswohl und die Förderung der Entwicklung des Kindes. Die Literaturstudie „Gute Gründe für gute Kitas!" geht darüber hinaus noch weiteren Qualitätsaspekten und -dimensionen nach. Insbesondere zwei in den Diskussionen über Kita-Qualität bislang weitgehend vernachlässigten Fragen: 1. Wer hat Zugang zu qualitativ hochwertiger Kindertagesbetreuung und welche Rolle spielt dabei der sozioökonomische Hintergrund der Eltern? Und 2. Welche Bedeutung hat Kita-Qualität für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

*Zum Weiterlesen:* Pia S. Schober, C. Katharina Spieß, Juliane F. Stahl: Gute Gründe für gute Kitas! Wer nutzt welche Qualität von Kindertageseinrichtungen und was bedeutet sie für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit? (2016): http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12939.pdf

### Illicit financial flows undermining gender justice

Illegale Finanzströme verhindern Geschlechtergerechtigkeit. Die Autorinnen beschreiben wie Steuervermeidung und –flucht dazu beiträgt, dass dem Staat wichtige finanzielle Einnahmenquellen entgehen, die für die Umsetzung struktureller Reformen als Bedingung von mehr Geschlechtergerechtigkeit notwendig wären. Das ganze Ausmaß des negativen Zusammenhangs zwischen Geschlechtergerechtigkeit und illegalen Finanzströmen zeigt sich bei der Rolle die Schattenfinanzplätze spielen, um Gelder aus dem Menschenhandel mit Frauen und Mädchen rein zu waschen. Zur Regulierung und Bekämpfung illegaler Finanzströme präsentieren die Autorinnen am Schluss einen Katalog von Politikempfehlungen sowohl für die nationale als auch internationale Ebene.

*Zum Weiterlesen:* Veronica Grondona, Nicole Bidegain Ponte and Corina Rodríguez Enriquez: Illicit financial flows undermining gender justice (2016): http://library.fes.de/pdf-files/iez/12984.pdf

## WIR MACHEN GENDER!


111 Das Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bangladesch stellt sich vor

116 Promotionen mit Genderbezügen

*Das Team der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bangladesch. Foto: FES Bangladesh*

# „WIR MACHEN GENDER“

## Das Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bangladesch stellt sich vor

An der politischen Spitze Bangladeschs steht eine Frau. Die größte Oppositionspartei wird von einer Frau angeführt. Rund 30 Prozent aller Studierenden sind weiblich, Tendenz steigend. Das Wirtschaftswachstum treiben vor allem Textilarbeiterinnen voran. Und mit Blick auf die Millenniumsentwicklungsziele sticht Bangladesch durch seine Erfolge beim Kampf gegen die Müttersterblichkeit und die Senkung der Geburtenrate hervor.

Zweifelsohne hat Bangladesch in den vergangenen Jahren wichtige Erfolge auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit erreicht. Doch trotz Fortschritten zeigt sich deutlich: Einige wenige Frauen in Machtpositionen reichen nicht aus, um die vorhandenen Ressourcen an eine Bevölkerung mit mehr als 160 Millionen Menschen geschlechtergerecht zu verteilen. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen benachteiligen Frauen. Das öffentliche und private Leben ist durchdrungen von patriarchalischen Denkmustern; häusliche Gewalt und sexuelle Übergriffe gehören zum Alltag. Und im Kampf, die Lohn- und Sorgearbeit unter einen Hut zu bringen, bleiben die meisten Frauen in prekären wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen gefangen.

Gegen diese Entwicklungen kämpfen nicht erst seit der Unabhängigkeit 1971 zahlreiche Frauenbewegungen im Land. Sie sind es, die Geschlechtergerechtigkeit in der Geschichte Bangladeschs maßgeblich vorangetrieben haben. Trotz immer kleiner werdender politischer Spielräume finden sie nach wie vor Möglichkeiten, ihre Stimme gegen nationale und globale Missstände zu erheben und Veränderungen herbeizuführen.

Mit einigen dieser Frauen und Bewegungen arbeitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Bangladesch seit der Eröffnung im Jahr 2014 zusammen. Auch wenn vieles noch im Aufbau ist, steht doch fest: Das Thema „Geschlechtergerechtigkeit" ist als wichtiger Bestandteil der Arbeit nicht mehr wegzudenken.

Ein Jahr vor der Büroeröffnung, 2013, stürzte die Textilfabrik Rana Plaza ein. 1.100 Menschen wurden dabei getötet, mindestens doppelt so viele schwer verletzt. Für die FES Bangladesch war dies Anlass, nicht nur die Debatten über Arbeitnehmer_innenrechte und globale Verantwortung entlang der Wertschöpfungskette mit zu begleiten, sondern auch Fragen von Geschlechterpolitik mit Arbeitnehmer_innenpolitik zu verknüpfen. Denn wer einen Blick in die Fabriken Bangladeschs wirft, sieht schnell: Die Textilindustrie ist weiblich. Über 60 Prozent der Textilarbeitenden sind Frauen. Als Billiglohnkräfte machen sie das Land für internationale Unternehmen als Produktionsstandort attraktiv.

Ein ähnliches Bild zeigt sich für den rasant wachsenden informellen Sektor in Bangladesch, der – wie in allen Entwicklungsländern – den formellen bei weitem übersteigt. Frauen machen hier mehr als 90 Prozent aus. Sie fallen nicht unter das bangladeschische Arbeitsrecht, haben keine soziale Absicherung und sind der Diskriminierung und Lohndrückerei weitgehend hilflos ausgeliefert. Aber nur wenige Frauen im formellen oder informellen Sektor sind gewerkschaftlich organisiert – noch weniger haben sich in sektorübergreifenden Koalitionen zusammengeschlossen und ein noch geringerer Teil steht an der Spitze einer Gewerkschaft.

Gemeinsam mit lokalen Organisationen, Gewerkschaften und Frauenrechtlerinnen hat die FES daher in den vergangenen zwei Jahren den Aufbau einer Plattform unterstützt. Nach zahlreichen Treffen und Diskussionen über gemeinsame und unterschiedliche Erfahrungen sowie Wahlen des Vorsitzes war es im letzten Jahr so weit: Frauen aus 20 Gewerkschaften und acht Sektoren schlossen sich offiziell auf der Plattform Nari Sramik Kantha (Voice of Women Workers) zusammen. Wer die Gewerkschaftsbewegung in Bangladesch kennt, weiß, dass Zusammenschlüsse wie dieser unerlässlich sind, um mehr Einheit in die stark fragmentierten und politisierten Gewerkschaften zu bringen.

Am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen 2016 fand die erste Veranstaltung der Plattform unter der Schirmherrschaft des Arbeitsministers statt. Die Agenda ist klar: die gleichberechtigte Teilhabe und Repräsentation von arbeitenden Frauen bis zum Jahr 2030. In den kommenden Monaten wird sie verschiedenen Politikerinnen vorgestellt. So soll die Agenda Eingang in die aktuellen Diskussionen über die Reform des Arbeitnehmer_innenrechts finden.

Seit diesem Jahr beschäftigt sich der Zusammenschluss zudem mit den Gewerkschaftsstrukturen. Ziel ist es, innerhalb der Gewerkschaften eine Debatte darüber anzuregen, wie mehr Frauen Gehör und Repräsentation finden. Mindestens 50 Prozent Frauen an die Spitze der Gewerkschaften! – so lautet die Zielsetzung der Plattform. Da es bisher kaum Daten in diesem

Bereich gibt, unterstützt die FES eine umfassende Studie zur Geschlechtergerechtigkeit in Gewerkschaften, die am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen vorgestellt wurde.

Auch die 2017 ins Leben gerufene Academy of Work, die die Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit dem Gewerkschafts-Thinktank BILS und der BRAC University aufgebaut hat, nimmt Arbeitnehmer_innen- und Geschlechterpolitik in den Blick. Während des dreimonatigen wissenschaftlichen Fortbildungsprogramms für Nachwuchskräfte der Gewerkschaftsbewegung widmet sich ein Modul ausschließlich dem Thema „Gender und Arbeit". Damit zukünftig mehr Frauen an der Spitze von Gewerkschaften stehen, strebt die Akademie an, jährlich 50 Prozent weibliche Teilnehmende zu haben. Dieses Jahr waren es bereits mehr als ein gutes Drittel.

Mit der Frauenbewegung in Bangladesch, ihren Ursprüngen sowie den Herausforderungen in der aktuellen Zeit beschäftigt sich die Studie „The Women's Movement in Bangladesh"[1]. Sie ist im Rahmen des regionalen Projekts „Politischer Feminismus" entstanden. Wie in anderen Ländern kämpft auch die Frauenbewegung in Bangladesch gegen einen weltweiten Backlash, der feministische Stimmen zunehmend einschränkt. Die Studie macht deutlich, dass Koalitionen zwischen verschiedenen feministischen Denk- und Stoßrichtungen für eine nachhaltige Bewegung unumgänglich sind. Die FES initiiert daher die Reihe „Frauen im Dialog" („Dialogues of Women)", um die verschiedenen Gruppen zusammenzubringen: Jung und Alt, traditionell und modern, Frauenrechtlerin und Feministin, religiös und säkular.

Wie in anderen FES-Büros zieht sich das Thema „Geschlechtergerechtigkeit" durch die gesamte Arbeit, sei es Bildungspolitik oder die regionalen Beziehungen Bangladeschs zu seinen asiatischen Nachbarländern. Denn für die FES weltweit steht fest: Einer solidarischen Gesellschaft kommen wir nur näher, wenn wir Geschlechtergerechtigkeit stets mitdenken und praktizieren.

AUTORIN: Franziska Korn, FES Bangladesch

[1] http://library.fes.de/pdf-files/bueros/bangladesch/13671.pdf

## PROMOTIONEN MIT GENDERBEZÜGEN

**Hier stellen wir Ihnen Promotionsprojekte mit geschlechterpolitischen Bezügen vor, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert werden. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Dr. Ursula Bitzegeio: ursula.bitzegeio@fes.de.**

Berger, Luise Beatrix: Dem Entscheidungsprozess auf der Spur: Betriebliche Weiterbildung von Frauen mit Hochschulabschluss. Eine explorative Studie in drei Großunternehmen

Bozhinov, Viktor: Eine empirische Untersuchung der Einführung der Geschlechterquote in der Bundesrepublik Deutschland

Dahm, Mario: „Und ist das auch gut so?" – Das Verhältnis von deutscher Sozialdemokratie und homosexueller Emanzipationsbewegung zwischen Ablehnung und Unterstützung

Diebowski, Jessica: Gender in Foreign Language Learning and Heritage Acquisition (dt. Titel: Das Genus im gesteuerten Fremdsprach- und Herkunftsspracherwerb des Spanischen)

Duhra, Marij: Zum Einfluss von Anerkennungserfahrungen auf jugendliche Fußballspielerinnen – Eine komparative Untersuchung am Beispiel von Deutschland und Polen

Feiler, Julia: Social Freezing: Die biologische Uhr austricksen? Zur (Neu) Verhandlung weiblicher Reproduktionsfähigkeit im Spannungsverhältnis von Technologie und Natur

Franzmann, Marcel: Geschlechterverhältnisse in der Interaktion von Schüler_innen im Religionsunterricht

Frick, Marc: Familie, Freundschaft, Gabe und Gemeinschaft: Zur Bedeutung des Gabentausches für das Verständnis des Lebens in politischen Gemeinschaften

Kronberger, Alisa: Continue to look closer. Feministische Medienkunst in den 1970er-Jahren und heute

Lademann, Laura: Integration durch Arbeit? Die Bedeutung der Arbeitswelt für die Eingliederung von MigrantInnen der zweiten Generation zwischen Ende der 60er und Mitte der 80er Jahre am Beispiel der IG Metall und der Gewerkschaft Textil-Bekleidung

Mader, Ann-Kathrin: Schwangere Körper und heteronormative Hegemonie. Elternschaft im Spannungsfeld von pluralisierten Geschlechtsidentitäten, neuen Reproduktionstechnologien und Biopolitiken des Körpers

Manoharan, Jeneka: Die rechtliche Stellung der Familie, insbesondere von Frauen und (unbegleiteten) Minderjährigen, im Asyl-, Migrations- und Flüchtlingsrecht.

Naß, Alexander: „Beziehungswelten – Der divergente Umgang mit Partnerschaft, Intimität und Körperlichkeit von transgeschlechtlichen Männern und Frauen vor Beginn der Transition"

Nieder, Christina: Preventing sexual violence against women in India: Evaluation of a sexual violence prevention program on college campuses

Obermann, Eva-Maria: Die Mutterfigur in der Gegenwartsliteratur

Odobasic, Amra: Vocal Fry – A Feminine Marker of Sophistication or Stupidity?

Rabe, Mirjam: Inklusion und die Frage nach nicht-sprachlichem Denken. Überlegungen zu den gesellschaftspolitischen Dimensionen der gegenwärtigen Philosophie des Geistes

Sachseder, Julia: Feminist intersectional conflict analysis

Schacht, Frauke: Beweisprozesse von Mathematiklehramtsstudierenden in der Studieneingangsphase

Schütze, Lea Johanna: Schwul sein – alt werden. Selbstbeschreibungen älterer schwuler Männer

Siegert, Karolina: Familiäre Beeinflussung der Übergangsgestaltung unter gleichzeitiger Betrachtung von Prozessen sozialer Ungleichheit im Übergang Schule-Beruf

Skowronski, Marika: Kurzfristige und langfristige Effekte sexistischer Videospiele und weiblicher Rollenbilder in Videospielen auf das Selbstkonzept von Frauen

Stolzenberg, Thorsten: Otokodate und Horimono. Wissen, Macht und der männliche Körper in der Edo-Zeit

Thym, Anika: Macht und Kritik: Eine Untersuchung kritischer (Selbst-)Reflexionen von Männern aus Führungspositionen im Finanzsektor

Valentiner, Dana-Sophia: Das Grundrecht auf sexuelle Selbstbestimmung als Ausprägung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts

Vogl, Janna: Zwischen internationaler Entwicklungszusammenarbeit und lokaler Legitimation. Südindische Frauenrechts-NGOs aus Akteursperspektive

Zimmermann, Simona: Macht und Deliberation: Dominanz und Durchsetzung in deutschen Bürgerhaushalten (Arbeitstitel)

## ANSPRECHPARTNER_INNEN IN DER FES FÜR DAS THEMA GENDER:

**Zentrale Aufgabe Genderkoordinierung in der Friedrich-Ebert-Stiftung:**
Abteilung Politischer Dialog, Forum Politik und Gesellschaft:
Dr. Stefanie Elies, Stefanie.Elies@fes.de

**Arbeitsbereich Gender- und Familienpolitik:**
Abteilung Politischer Dialog, Forum Politik und Gesellschaft:
Susan Javad, Susan.Javad@fes.de
Jonathan Menge, Jonathan.Menge@fes.de

**Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit:**
Referat Globale Politik und Entwicklung:
Dr. Cäcilie Schildberg, Caecilie.Schildberg@fes.de

**Abteilung Internationaler Dialog:**
Referat Westeuropa und Nordamerika: Kristin Linke, Kristin.Linke@fes.de
Referat Mittel- und Osteuropa: Henrike Allendorf, Henrike.Allendorf@fes.de

Weitere Ansprechpartner_innen aus anderen Arbeitseinheiten der FES nennen wir Ihnen gerne auf Wunsch: fes.genderkoordinierung@fes.de

**Gesamtredaktion und –koordination des GENDER MATTERS!:**
Susan Javad, Abteilung Politischer Dialog, Forum Politik und Gesellschaft

**Organisatorische Betreuung:**
Stephanie Tröder, Abteilung Politischer Dialog, Forum Politik und Gesellschaft

**Lektorat:**
Heike Herrberg

**Grafische Gestaltung:**
Andrea Schmidt, Typographie/im/Kontext
Dominik Ziller, DZGN

**Programmierung:**
Alexander von Falkenhausen, avf works mediastudio

**Verantwortlich:**
Dr. Stefanie Elies, Abteilung Politischer Dialog, Leiterin Forum Politik und Gesellschaft

**Herausgeber:**
Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

**Druck:**
Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf RecyStar Polar, 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem blauen Umweltengel.

ISBN 978-3-96250-038-2

© 2017 • Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft • www.fes.de